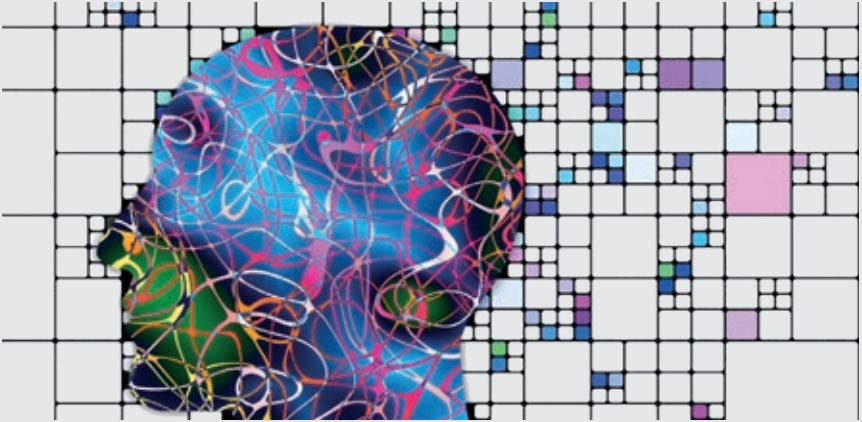


Das Chaos verstehen



Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona?

Alex Demirović
Andreas Fisahn
Birgit Mahnkopf
Carolin Mauritz
Christa Wichterich
Fritz Reheis
Peter Wahl
Stefanie Hürtgen
Thomas Sablowski
Ulrich Duchrow

Zeitdiagnosen aus dem
Wissenschaftlichen Beirat von  **attac**

Alex Demirović u.a.
Das Chaos verstehen

Alex Demirović / Andreas Fisahn / Birgit Mahnkopf / Carolin Mauritz /
Christa Wichterich / Fritz Reheis / Peter Wahl / Stefanie Hürtgen /
Thomas Sablowski / Ulrich Duchrow

Das Chaos verstehen

Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona?

Zeitdiagnosen aus dem

Wissenschaftlichen Beirat von Attac

www.vsa-verlag.de

**[www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/attac-netzwerk/
wissenschaftlicher-beirat/was-ist-der-wissenschaftliche-beirat](http://www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/attac-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat/was-ist-der-wissenschaftliche-beirat)**

© VSA: Verlag 2021, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
© der einzelnen Beiträge bei den Autorinnen und Autoren
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-100-7

Inhalt

Vorbemerkung	7	
Das Chaos verstehen!	9	
Eine Zeitdiagnose aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie		
Alex Demirović		
Out of joint	45	
Wie die gesellschaftliche Entwicklung in Zeiten der Pandemie begreifen?		
Birgit Mahnkopf		
»Dass es so weiter geht, ist die Katastrophe«	67	
Peter Wahl		
Krieg und Frieden in der multipolaren Welt-Un-ordnung	83	
Andreas Fisahn		
Krise der Demokratie	101	
Stefanie Hürtgen		
»Glokale Produktion« und Dauerkrise in der Arbeitswelt	117	
Thomas Sablowski		
Von der globalen Finanzkrise zur Corona-Krise	133	
Kontinuitäten und Brüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft		
Christa Wichterich/Carolin Mauritz		
Reproduktionsökonomie und Care-Arbeit am Limit	155	
Eine intersektionale, feministische Perspektive auf den Covid-Kapitalismus		
Ulrich Duchrow		
Religion in der heutigen Zivilisationskrise	171	
Fritz Reheis		
Eine andere Welt ist möglich	187	
Ausgewählte Transformationskonzepte – ein Überblick		
Andreas Fisahn/Peter Wahl		
Die Linke – Subjekt der Transformation?	203	
Autorinnen und Autoren		219

Vorbemerkung

Der vorliegende Band ist aus einer Diskussion im Wissenschaftlichen Beirat von Attac hervorgegangen. Hintergrund war die Frage, ob die Globalisierungskritik, wie sie vor zwei Jahrzehnten formuliert wurde, noch auf der Höhe der Zeit ist. Schließlich haben seit der Gründung von Attac im Jahr 2000 enorme und höchst turbulente Veränderungen in unserer Gesellschaft und in der Welt stattgefunden.

Unter dem Titel *Globalisierungskritik reloaded* beteiligten sich etwa zwei Dutzend Mitglieder des Beirats mit Thesenpapieren oder ausführlicheren Texten über das Jahr 2019 hinweg an der Diskussion. Wir wollen den Kolleginnen und Kollegen dafür noch einmal sehr herzlich Dank sagen.

Aber dann kam Corona. Auf der letzten physischen Beiratssitzung im Februar 2020 war bereits klar, dass eine Zeitdiagnose ohne die Berücksichtigung der Pandemie veraltet gewesen wäre. Zwar musste nicht völlig von vorne begonnen werden, denn die Diagnose der Krisenzusammenhänge vor Corona behielt ihre Triftigkeit. Aber mit der Pandemie trat jetzt doch noch eine neue Qualität hinzu.

Zwar ist die Pandemie zum Erscheinungszeitpunkt des Buches noch immer nicht vorüber, und weitere Überraschungen sind nicht ausgeschlossen. Aber gerade der Tsunami an Erfahrungen, wie sie den heute lebenden Generationen hierzulande bislang unbekannt waren, die heftigen Emotionen, die damit einhergehen und die oft noch heftigeren Debatten in der Gesellschaft quer durch alle politischen Lager waren ein Grund, den Band jetzt zu veröffentlichen und sich damit in die Auseinandersetzung einzumischen.

Dabei ist uns bewusst, dass die atemberaubende Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung Zeitdiagnosen immer den Stempel der Vorläufigkeit und Unvollständigkeit aufdrückt. Und schon gar nicht sind endgültige Antworten auf die vielen offenen Fragen möglich, die sich gerade auch für die gesellschaftliche Linke stellen. Dennoch hoffen wir, dass der Band dazu beiträgt, überhaupt den Gedanken des Epochenbewusstseins und seine Relevanz für emanzipatorische Antworten zu schärfen.

Der Einleitungstext *Das Chaos verstehen! Eine Zeitdiagnose aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie* wurde von einer Gruppe von Autorinnen und Autoren verfasst, der Alex Demirović, Ulrich Duchrow, Andreas Fisahn, Birgit Mahnkopf, Thomas Sablowski und Peter Wahl angehören. Der Text ist ein Versuch, verschiedene Stränge der Krisendiskussionen zusammenzuführen und deren Zusammenhänge untereinander zu beleuchten. Alle folgenden Beiträge befassen sich mit einzelnen Aspekten des Gesamt-

zusammenhangs. Sie dienen der Konkretisierung und Vertiefung und spiegeln sicher auch die mosaik-linke Pluralität des Beirats wider.

Der Einleitungsbeitrag wurde in einem Workshop und mehreren Videokonferenzen erarbeitet und reflektiert in seinen wesentlichen Aussagen ein gemeinsames Grundverständnis. Es handelt sich dabei aber um einen Text mit analytischem Charakter, nicht um ein politisches Positionspapier, bei dem man sich mit jeder Aussage zu identifizieren hätte. Die anderen Beiträge wurden alle in einem Peer Review Verfahren, also durch gegenseitiges Lesen und Feedback zu den Texten, diskutiert. Die inhaltliche Letztverantwortung liegt jedoch bei den jeweiligen Autorinnen und Autoren.

April 2021

Für die Gruppe: Thomas Sablowski, Peter Wahl

Das Chaos verstehen!

Eine Zeitdiagnose aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie

1. Einleitung

Zeitdiagnosen werden heute von Krisenbewusstsein, Pessimismus, düsteren Prognosen und apokalyptischen Untergangsszenarien beherrscht – und das in fast allen politischen Lagern. Einer internationalen Umfrage des renommierten Instituts IFOP zufolge glauben in den USA 52% der Bevölkerung, dass »die Zivilisation, wie wir sie kennen« in den nächsten Jahren zusammenbrechen wird. In Frankreich sind es sogar 65% und in Deutschland immerhin noch 39% (IFOP 2019). »Europa und die ganze Welt stehen derzeit am Scheideweg«, hieß es schon 2011 im Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung zu Globalen Umweltfragen (WBGU 2011). Und selbst führende Politiker und Politikerinnen, die sich sonst gerne als Macher präsentieren, die alles unter Kontrolle haben, äußern sich einschlägig. So spricht z.B. der französische Präsident Macron von »einer Welt am Rand eines Abgrunds« (The Economist, 7.11.2019) und Ursula von der Leyen sorgt sich um die »Zukunft unseres fragilen Planeten« (Von der Leyen 2020). Der Corona-Schock hat all dem noch einmal einen neuen Schub verliehen. Das Gefühl der Verwundbarkeit durch einen Problemtypus, den man lange überwunden glaubte, ist eine Erfahrung, die die heute lebenden Generationen nicht kannten.

Freilich gilt das apokalyptische Epochengefühl vorwiegend für die alten kapitalistischen Zentren Europas und Nordamerikas. Für viele Länder des Südens – vor allem Subsahara-Afrika, Teile Asiens und die ärmeren Regionen Lateinamerikas – ist die Katastrophe für große Bevölkerungsgruppen schon lange bedrückende Normalität. Darunter sind auch Epidemien. Das Ebola-Virus, das um Größenordnungen tödlicher ist als COVID-19, hat 2014-2016 in Afrika gewütet. Ein Vorläufer des SARS-Virus grassierte in Asien.

Demgegenüber dürfte in China, Vietnam, Malaysia und anderen südostasiatischen Ländern das gesellschaftliche Klima eher positiv gestimmt sein. Der wirtschaftliche Aufstieg, beträchtliche Erfolge bei der Überwindung von Armut und die Entstehung breiter Mittelschichten aus einer noch nicht weit zurückliegenden Vergangenheit als »Entwicklungsland« dürften

An der Abfassung des Textes waren beteiligt: Alex Demirović, Ulrich Duchrow, Andreas Fisahn, Birgit Mahnkopf, Thomas Sablowski und Peter Wahl. Er wurde in einem Workshop und mehreren Telefonkonferenzen diskutiert und gibt in seiner Grundtendenz eine gemeinsame Sichtweise wieder. Das bedeutet jedoch nicht, dass jeder der Beteiligten unbedingt in allen Einzelpunkten übereinstimmen müsste.

dort eine kollektives Lebensgefühl verbreiten, das eher Ähnlichkeit mit dem im Westeuropa der Nachkriegszeit aufweist, als damals die Konsumgesellschaft und ein gewisser Massenwohlstand ihren Siegeszug angetreten hatten. Da das Corona-Management in den meisten ostasiatischen Ländern effizienter war als im Westen, wird auch dies die kollektive Stimmungslage in der Region weiter aufhellen.

Dennoch lässt sich nicht bestreiten, dass es die Menschheit insgesamt mit außergewöhnlichen mehrdimensionalen Krisenprozessen zu tun hat, die sich eigensinnig entwickeln, die aber als Momente der kapitalistischen Produktionsweise miteinander verbunden sind und die sich mehr und mehr zu einem großen Krisenzusammenhang (Stichworte: große Krise, Vielfachkrise, Zangenkrise) verdichten, und das bereits vor Corona:

- In allererster Linie ist an die große Klima- und Umweltkrise zu denken. Das Klimagleichgewicht, das sich über ca. 1,2 Millionen Jahre ausgebildet hat, gerät aus der Balance. Alles deutet darauf hin, dass die Existenzbedingungen für die meisten Lebewesen in der nahen und fernen Zukunft auch nicht annähernd so angenehm sein werden wie in dem zu Ende gegangenen geologischen Zeitalter des wohltemperierten Holozäns. Kaum weniger bedrohlich, aber weitaus seltener Anlass zur Sorge ist eine andere Dimension der Krise: Getrieben von der Rationalität der kapitalistischen Welteroberung, die heute bis in die Stratosphäre reicht, wird sukzessive und manchmal sprunghaft das Netz des Lebens zerstört, das im Verlauf von Milliarden Jahren entstanden ist. Durch den dadurch beschleunigten und bereits heute dramatisch zu nennenden Verlust von Biodiversität werden die Pfade zukünftiger Evolution auf dem Planeten irreversibel verengt.
- Zu befürchten ist, dass bis zum Ende des Jahrhunderts die Lebensgrundlagen für große Teile der Weltbevölkerung zerstört werden und viele Menschen in andere, oft nicht weniger gefährdete Regionen wandern müssen. Doch auch in den reichen Staaten der OECD-Welt ist mit Verwerfungen und harten Konflikten zu rechnen, weil die Krisendynamiken im gesellschaftlichen Naturverhältnis Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß treffen, weil es Konflikte um Hilfsmaßnahmen geben wird und weil Produktionsstrukturen, Siedlungs- und Wohnformen, Mobilitätspraktiken, Ernährungs- und Lebensweise geändert werden müssen.
- Die Finanzkrise 2008 brachte die größte Erschütterung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus seit seinem Aufstieg in den 1980er Jahren. Mit staatlichen Finanzspritzen in Billionenhöhe wurden zwar die Banken gerettet und ein völliger Kollaps verhindert. Reformen, die mehr Regulierung und Stabilität bringen sollten, gerieten aber bald ins Stocken und

wurden nur noch bruchstückhaft umgesetzt. Das Kasino lief bald wieder auf Hochtouren. Da der Vulkan derzeit kein Feuer speit, macht sich die Illusion breit, die Lage sei unter Kontrolle. Tatsächlich jedoch ist eine Eruption jederzeit wieder möglich. In der Eurozone wuchs die Finanzkrise zudem ab 2010 in die Euro-Krise hinüber. Die Währungskrise wurde zum einen in Griechenland und anderen Krisenländern mit brachialer Austeritätspolitik, zum anderen durch gigantische Aufkaufprogramme für Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) eingedämmt. Seither hängt die Stabilität des Euro am Tropf der EZB. Deren Notprogramme nähren aber gleichzeitig eine stetig wachsende Blase, die dem DAX & Co. spekulative Höhenflüge ermöglicht.

- Soziale Krisen gibt es in fast allen Ländern des kapitalistischen Zentrums, zunehmend auch in Schwellenländern, in den armen Ländern sowieso. Beheizt werden sie durch die sozialen Verwüstungen, die seit nunmehr fast vier Jahrzehnten durch den Neoliberalismus angerichtet werden. Durch Corona verschärfen sich die sozialen Probleme noch einmal mehr. Arme und Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, sind besonders hart von den ökonomischen Folgen der Krise betroffen. Bis zum Ausbruch der Pandemie wurden trotz aller Proteste großer Bevölkerungsgruppen von den herrschenden Klassen nach wie vor neoliberale Strategien verfolgt: Sie drängten auf Absenkung der Löhne und Arbeitsstandards oder Schwächung der Gewerkschaften, auf die Privatisierung der Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge *und* zum Abbau sozialstaatlicher Transferleistungen bei der Altersvorsorge, dem Gesundheitswesen oder der Bildung. Die fatalen Auswirkungen dieser Politik zeigten sich drastisch bei Ausbruch der Pandemie an den Defiziten im Gesundheitswesen, in der Altenpflege, bei medizinischen Gütern oder am Zustand der Gesundheitsbehörden, die durch die Politik des »schlanken Staats« heruntergekommen sind.
- Die Krisendynamik wird dadurch verstärkt, dass der Staat und die politischen Systeme selbst in eine Krise ihrer Problemlösungs- und Steuerungsfähigkeit sowie ihrer Legitimation geraten sind. Vor aller Augen deutlich wurde dies durch Chaos und Versagen vieler Regierungen im Management der Corona-Krise. Der Raum der Unverfügbarkeit erweitert sich. Das trifft auch die Interessen der Herrschenden, die zunehmend mit Kontrollverlusten konfrontiert sind. In vielen Ländern kommt es zu politischen Pattsituationen, erweisen sich Entscheidungen oder Regierungsbildungen als schwierig. Mächtige Unternehmen und Wirtschaftsverbände bestimmen Entscheidungsprozesse bis in die unmittelbare Gesetzgebung hinein. Vielerorts sehen sich die Bevölkerungen von den Parteien und Parlamen-

ten nicht mehr repräsentiert. In vielen Ländern kommt es zu Protestbewegungen. Doch auch ein internationaler Trend zum Autoritarismus ist darin unübersehbar; er richtet sich vordergründig gegen die herrschenden Eliten, vor allem aber gegen Migranten, die Linke und emanzipatorische Bewegungen.

- So wie Demokratie gilt auch Öffentlichkeit als ein wesentlicher Mechanismus zur Bewältigung von Krisen. Doch erfüllen die klassischen Medien, also Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, ihre Funktion der Berichterstattung und demokratischen Willensbildung oft nicht mehr – weil ihre Abhängigkeit von Werbeeinnahmen, ihre Ausrichtung an den Vorgaben von Politik und Wirtschaft, aber auch schlichtweg betriebswirtschaftliche Sparmaßnahmen dies verhindern. Vor allem aber haben sie ihre einstige Monopolstellung als Informationsquelle und Raum öffentlicher Debatte verloren und finden sich gegenüber den *Social Media* zunehmend in der Defensive. Die Generation der *Digital Natives* hat sich schon sehr weitgehend von ihnen abgewandt. Die neuen Medien vergesellschaften auf der einen Seite die weltweite Kommunikation. Anders als früher kann heute jeder nicht nur Empfänger, sondern auch Sender von Nachrichten sein, was durchaus Chancen für mehr Demokratie eröffnet. Gleichzeitig schließen die neuen Medien die Menschen vielfach in Filterblasen ein und verstärken selektive und irrationale Weltansichten. Indem auch der Stammtisch jetzt jederzeit Zugang zum weltweiten Web hat, verändert sich der Charakter von Öffentlichkeit, schafft veränderte Rahmenbedingungen für Politik. Das Internet wird zur Plattform überhitzter Debatten und gesteigerter Erregung. Maßstäbe öffentlicher Willensbildung – Vernunft, Wahrheit, Transparenz, Zurechenbarkeit, gleichberechtigte Teilnahme – werden außer Kraft gesetzt. Empirisch kontrolliertes Wissen oder wissenschaftliche Argumentationen werden auf bloße Meinung reduziert. Wissen wird zum Machtinstrument und deswegen auch durch beliebiges Nicht-Wissen ersetzbar. Dadurch verschwimmen die Grenzen zwischen rationaler Argumentation und Kommunikation als Machtinstrument. Auch hier hat Corona einmal mehr als Brandbeschleuniger gewirkt.
- Zugleich haben sich vor allem in Westeuropa und Nordamerika im vermeintlich privaten Bereich die Geschlechterverhältnisse tiefgreifend verändert, heterosexuelle Orientierungen und die Ehe werden, obwohl sie weiterhin von der Mehrheit gelebt werden, durch andere sexuelle Orientierungen und unkonventionelle Lebensformen relativiert. Geschlechtsspezifische Diskriminierung, sexistische Übergriffe und (sexuelle) Gewalt kommen weiterhin verbreitet vor. Doch sie werden immer öfter öffentlich skandalisiert, es bilden sich soziale Bewegungen, Gesetze werden geän-

dert, die Behörden sensibilisiert. Gleichzeitig aber entstehen Gegenreaktionen und -bewegungen, mitunter sogar gewalttätige. All das führt auch auf diesem Feld zu einer stärkeren Polarisierung in der Gesellschaft.

- Gravierende Umbrüche resultieren aber auch aus den Veränderungen in den Wirtschafts- und Bevölkerungsstrukturen sowohl des Globalen Nordens wie auch des Globalen Südens. Die Schaffung neuer Märkte und entsprechende Veränderung rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen, die Verlagerung von Produktion und Dienstleistung und eine exorbitante Verbilligung von Kommunikation und Transportleistungen beschleunigen die Herausbildung einer transnationalen Ökonomie. Damit einher gehen neue Formen kurz- und langfristiger Mobilität und Migration. Dies geschieht zwar vornehmlich als Süd-Süd-Migration, doch reicht der gewachsene Strom der Süd-Nord-Migration aus, dass in den reichen Ländern des Nordens nicht nur die politischen Verwaltungen herausgefordert werden, sondern auch zunehmend Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zutage treten.
- Parallel dazu vollzieht sich bei den Produktivkräften ein tief greifender Wandel, gemeinhin mit den Schlagworten *Dekarbonisierung* und *Digitalisierung* umschrieben. Klassische Industriebranchen verlieren ihre bisherige Bedeutung oder stehen vor drastischen Veränderungen. Die Digitalisierung wird in einigen Ländern (am stärksten im Globalen Süden) zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten führen, in anderen – etwa in Deutschland – eher eine weitere Spaltung der Lohnabhängigen befördern und die Prekarisierung der Lohnarbeit noch weiter ausbreiten. Entwicklungen in der Gentechnik und in der Biotechnologie, von denen sich viele u.a. eine Lösung der Ernährungsprobleme versprechen, könnten jedoch die Ernährungswirtschaft in hochproblematische Bahnen lenken, weil sie die Subsistenzlandwirtschaft vor allem im Globalen Süden verdrängen, Schuldenabhängigkeit schaffen, die Qualität der Lebensmittel mindern und in Prozesse mit weitgehend unbekanntem Risiken führen. Folgenreich können auch die Gentechnologie und ihre Verbindung mit Informations- und Kommunikationstechnologien werden. Fortschritte in der Gentechnik wie die CRISPR/Cas-Methode erleichtern die Erzeugung gentechnisch veränderter Organismen. Genmanipulationen auch am Menschen rücken in greifbare Nähe. Veränderungen führen indes nicht nur zu Veränderungen in den gesellschaftlichen Beziehungen, in Arbeitswelt, Kultur und Lebensweise, sondern auch dazu, dass die Karten im Konkurrenzkampf des globalisierten Kapitalismus um Märkte, Rohstoffe, Einflussphären neu gemischt werden (siehe dazu auch den Beitrag von Birgit Mahnkopf in diesem Band).

- Im Bereich der internationalen Politik gab es innerhalb eines historisch kurzen Zeitraums eine enorme Dynamik. Nach dem Fall der Mauer war eine Friedensperiode erwartet worden. Doch schnell zeigte sich, dass die USA und mit ihr die NATO ihren Machtbereich ausweiteten, bis an die Grenzen Russlands. Mit dem »Krieg gegen den Terror« nahm der Westen in Anspruch, den Nahen und Mittleren Osten politisch und militärisch kontrollieren zu können. Der Kampf um politischen und wirtschaftlichen Einfluss führt vermehrt zu Konflikten um die Kontrolle von Meeren, Territorien, Rohstoffen. Geopolitische Machtpolitik wird zum dominanten Faktor im internationalen System, Rivalität und Konfrontation erhöhen die Kriegsgefahr. Waren nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus die USA als einzige Weltmacht übrig geblieben, so wird mittlerweile deren globale Vormachtstellung durch Multipolarität komplex überlagert. Die 500-jährige Epoche der Dominanz Westeuropas und seines nordamerikanischen Ablegers über den Rest der Welt geht zu Ende. Gleichzeitig lassen sich erhebliche Anstrengungen der USA erkennen, die Entwestlichung der Welt zu verhindern und ihre Vormachtstellung zu behaupten. Wir werden gegenwärtig Zeuge, wie auch die neue US-Administration Joe Bidens versucht, sich mit aller Macht gegen diesen Wandel zu stemmen. Dazu wird der schon in der Trump-Ära begonnene neue Kalte Krieg gegen China und Russland systematisch und auf breiter Front verschärft. Im Unterschied zu Trump sieht Bidens Strategie vor, auch die EU und im indopazifischen Raum Japan, Australien u.a. zu einem geopolitischen Lager unter Führung Washingtons zusammenzufügen.
- Auch die EU kann heute nicht mehr als progressives Projekt bezeichnet werden, was 1990 selbst noch viele Linke taten. Seit dem Finanzcrash 2008 befindet sie sich in der Dauerkrise. Längst triumphieren auch hier geopolitische Interessen, während Erosionserscheinungen und zentrifugale Tendenzen, von denen der BREXIT nur die Spitze des Eisbergs ist, stärker werden. Auch hier hinterlässt Corona tiefe Spuren. Die Europäische Kommission und die Regierungen der EU-Staaten haben sich als unfähig erwiesen, zügig eine ausreichende Versorgung mit Impfstoffen zu gewährleisten. Sie sind nicht in der Lage, rasch neue Produktionskapazitäten aufzubauen, weil sie die Interessen der privaten Pharmakonzerne nicht antasten wollen. Besonders gravierend und von langfristiger Wirkung dürften aber die Unterschiede in der ökonomischen Betroffenheit durch die Krise sein. Die Wachstumseinbrüche in Italien, Spanien, Frankreich sind weitaus größer als in Deutschland und anderen Nordstaaten. Auch bei der Verfügbarkeit von finanziellen Reserven für Rettungsaktionen gibt es eine große Nord-Süd- und Ost-West-Kluft. Die öffent-

liche Verschuldung ist zwar überall gewachsen, aber im Süden nimmt sie schwindelerregende und unbezahlbare Ausmaße an. Die ökonomische Zerklüftung wird sich als langfristige Belastung erweisen, an der auch das hoch gehypte Programm *Next Generation EU* nur wenig ändern kann. Schon bei der Finanzkrise hat sich gezeigt: Wenn es ernst wird, ist der Nationalstaat trotz all seiner Defizite dann doch »*the only game in town*«, weil er noch immer über die wirksamsten ökonomischen, institutionellen, rechtlichen Instrumente sowie weitaus mehr demokratische Legitimität verfügt.

1.1 Verunsicherung und Zukunftsangst

Es kommt also zu tiefgreifenden Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen und Gewohnheiten. Vieles verläuft chaotisch, weil Entscheidungen nicht getroffen werden und auch gar nicht klar ist, in welche Richtung diese gehen müssten. In dieser Situation neigen die Herrschenden dazu, Probleme zu verbergen, sie unsachlich zu diskutieren oder falsche Ursachen zu nennen. Denn sie wissen zwar, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, haben aber keine angemessenen Lösungsstrategien, können diese zumindest nicht umsetzen. Sie agieren selbst vielfach hysterisch und irrational und unter Rückgriff auf autoritäre Mittel, um ihre Machtpositionen zu erhalten.

Weil sie selbst kaum Orientierung bieten, sondern entweder reaktionär oder auf kurze Sicht handeln und Zukunftsperspektiven blockieren, ist es nicht verwunderlich, dass auch in großen Teilen der Bevölkerung Verunsicherung und oft auch Ängste um sich greifen. Viele Menschen sind ratlos und suchen nach Orientierung, die sie in der Politik einer populistischen und nationalistischen Rechten zu finden hoffen, die viele Probleme leugnet und alles, was »anders« ist, also die Identität des vermeintlichen Kollektivs bedroht, dafür verantwortlich macht. In dieser Orientierungskrise läge durchaus auch eine Chance für die gesellschaftliche Linke, wenn es ihr gelänge, ihre Alternativen hegemoniefähig zu machen.

1.2 Der Globale Süden – besonders hart von den Krisen betroffen

In den Ländern des Globalen Südens, wo inzwischen die große Mehrheit der Menschen lebt, kommen alle diese Tendenzen in besonderer Brutalität zum Tragen, werden aber durch besondere Problemlagen noch einmal verstärkt: Die Folgen des Klimawandels treffen die tropischen Länder mit einer größeren Frequenz und Intensität von Extremwetterereignissen als jene in den gemäßigten Breiten. Es fehlen die materiellen und finanziellen Ressourcen, um auf Umweltdegradation und Nahrungsmittelmangel (u.a. verursacht von biblischen Heuschreckenschwärmen) adäquat reagieren zu können.

Die ohnehin größere Ungleichheit der Einkommen, Armut, Unterversorgung mit sauberem Wasser und Defizite an menschlicher Sicherheit, die eigentlich im Rahmen der *Sustainable Development Goals* bis 2030 ausgeglichen werden sollten, werden sich aller Voraussicht nach vertiefen und erweitern. Gleichzeitig müssen die meisten Länder Afrikas und Süd-Ost-Asiens damit rechnen, Arbeitsplätze (ergo Einkommensmöglichkeiten und Steuereinnahmen), die im Rahmen des von den internationalen Institutionen erzwungenen »*export-led-growth*« in den letzten Jahrzehnten entstanden waren, durch die technologischen Entwicklungen der Digitalisierung, d.h. Automatisierung von Produktions- und Dienstleistungsprozessen wieder zu verlieren. Diagnose- und Behandlungsfortschritte, die in Biotechnologie und Medizin erwartet werden, werden mit Sicherheit nicht den Armen in den *Low/Middle-Income-Countries* zugutekommen. Die Ungleichheit innerhalb dieser Länder wie gegenüber dem »reichen Norden« wird sich eher noch vertiefen.

Es ist damit zu rechnen, dass das für die nächsten Jahrzehnte erwartete Bevölkerungswachstum nahezu ausschließlich in den großen Städten des Globalen Südens stattfinden wird. Diese aber sind im Vergleich zu den ländlichen Regionen von noch größerer sozialer Ungleichheit gekennzeichnet und weisen neben den hochmodernen »Vierteln der Reichen« immer größere Slums auf, ohne zureichende Infrastruktur für die wachsende »Überfluss-Bevölkerung«. Das dürfte vermehrt zu Aufständen und Revolten, insgesamt zu mehr Konflikten und Gewalt führen und die grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen verstärken.

Corona hat auf die Länder des Südens sehr unterschiedliche Effekte. Die unmittelbaren gesundheitlichen Folgen waren in Subsahara-Afrika geringer als zunächst befürchtet. Der hohe Anteil junger Menschen an der Bevölkerung, die im Durchschnitt geringere Siedlungsdichte sowie Erfahrungen aus früheren Epidemien hielt die Zahl der Opfer in Grenzen. Umso schlimmer war die Situation in einigen lateinamerikanischen Ländern, vorneweg im Schwellenland Brasilien. Die Verharmlosung durch die Bolsonaro-Regierung hat zu einem Verlust der Kontrolle über das Pandemiegeschehen und zu hohen Todesraten geführt. Auch in Ecuador, Chile und Argentinien war das Krisenmanagement über weite Strecken von eklatantem Staatsversagen geprägt.

Die wirtschaftlichen Konsequenzen für arme Länder sind besonders gravierend und dürften noch jahrelange Nachwirkungen haben. Der globale Konjunkturreinbruch hat zu einem generellen Schrumpfen des Handelsvolumens und damit zu einem Rückgang der wichtigen Nachfrage bei Rohstoffen geführt. Die Transferzahlungen von Migrantinnen und Migranten in ihre Heimatländer, die für einige Länder inzwischen eine größere Rolle spielen als die Entwicklungshilfe, brachen ein. Die Zahl der Länder mit kri-

tischer Verschuldungshöhe ist pandemiebedingt gestiegen und beläuft sich jetzt auf 132 (Misereor 2021).

Zwar haben die G-20 ein Schuldenmoratorium gewährt, das verschiebt aber das Problem nur in die Zukunft. Notwendig wäre ein umfassender Schuldenerlass.

Gleichzeitig stieß die Forderung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), vorübergehend die Patente auf Impfstoffe auszusetzen, um allen Ländern schnellen und massenhaften Zugang zu Impfungen zu ermöglichen, in der dafür zuständigen WTO auf den geschlossenen Widerstand von EU, Japan und der Schweiz. Das entsprechende Abkommen (TRIPS) sieht solche Ausnahmeregelungen vor, die von der WTO jederzeit autorisiert werden könnten. Doch die »Wertegemeinschaft«, die derzeit in Berlin und Brüssel unentwegt beschworen wird, hat einmal mehr demonstriert, dass noch immer die Wertpapiere und der Mehrwert – in diesem Fall die Profite der Pharmakonzerne – Vorrang vor Werten wie Solidarität haben.

1.3 Corona – Brandbeschleuniger für bereits bestehende Krisen

Die geschilderten Krisenzusammenhänge sind lange vor Corona entstanden. Die Pandemie wirkt noch einmal wie ein Brandbeschleuniger. Die einzelnen Krisensymptome treten noch schärfer hervor, bestehende Probleme vertiefen sich, Abwärtsspiralen beschleunigen sich. Insofern ist das Virus nicht der *Game Changer* und die Zäsur, die alles verändert und jetzt mehr Solidarität befördert oder gar zu einem neuen Lebensstil führt, wie auch viele Linke anfangs gehofft hatten. Zumal eine Folge von Corona auch ihr Absorptionseffekt ist, d.h. dass die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit auf die Pandemie fokussiert, und Ressourcen und Problemlösungskapazitäten auf das Virus konzentriert sind. Vor allem für die Klima- und Umweltpolitik entsteht dadurch ein weiterer Verlust an kostbarer Zeit.

So stellen sich viele Probleme durch und nach Corona noch schärfer als vorher. Die allgemeine Verunsicherung hat zugenommen. Die Erfahrung der Verwundbarkeit durch scheinbar längst überwundene Gefahren und die durch Corona einem breiten Publikum bewusst gewordenen Grenzen von Medizin und Naturwissenschaften verstärken Ohnmachtsgefühle und Orientierungslosigkeit.

Umso stärker ist die Sehnsucht nach einer Rückkehr zum Status quo ante, den man für »die Normalität« hält. Sosehr dies menschlich verständlich ist, so problematisch ist es aber auch. Denn *business as usual* ist die beste Garantie dafür, dass Ausnahmestände zukünftig immer häufiger und heftiger auftreten werden. Im Grunde erfordert die demokratische Lösung all der beschriebenen Krisen eine permanente kollektive Anspannung der ganzen Ge-

sellschaft, um die erforderlichen Veränderungen zu meistern. Selbst wenn man nicht so weit gehen will, Parallelen zu Epochen revolutionären Umbaus, wie z.B. in Russland nach der Oktoberrevolution, zum Wiederaufbau nach dem Krieg oder gar zu Kriegszeiten selbst zu ziehen, so ist doch klar, dass ein erfolgreiches Umsteuern beträchtliche und ungewohnte Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit jedes Einzelnen wie an die Gesellschaft stellt.

Allerdings treibt der Problemdruck der Krisen an verschiedenen Stellen auch Ansätze zu Veränderungen hervor, die gezielt vertieft und erweitert werden können. Diese Ansätze sind noch bescheiden, und es ist klar, dass sich solche Gelegenheitsfenster auch wieder schnell schließen können. Aber bei aller Skepsis gegenüber künstlich erzeugtem Optimismus ist auch bei nüchterner Analyse festzustellen:

- das neoliberale Modell ist endgültig entzaubert und musste schon in der Pandemie wieder an mehreren Stellen den Rückzug antreten;
- mehr noch als in der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass sich der Staat in großen Krisen letztlich doch als Retter *of last resort* erweist;
- ein Leitmotiv des Globalisierungsdiskurses, das auch bis in linke Milieus hinein geteilt wurde, war die Annahme, dass einzelne Nationalstaaten der Macht transnationaler Konzerne nichts mehr entgegensetzen könnten. Das ist zumindest in dieser absoluten Sichtweise widerlegt worden. Die Rigorosität, mit der die USA auf der Grundlage von Kriegsrecht die Impfstoffproduktion der Pharma-Multis organisiert haben, die Exportverbote für Impfstoff durch einzelne Länder – z.B. Italiens gegen AstraZeneca – oder die Auflagen für die Luftfahrt zeigen, dass die Spielräume staatlicher Politik gegenüber der schrankenlosen Durchsetzung von Konzerninteressen größer sind, als gerne behauptet wird – vorausgesetzt, es ist der politische Wille dazu da;
- tragende Säulen des Neoliberalismus wie die »Schwarze Null« und der »Stabilitätspakt« der EU sind am Zerbröseln und werden bis weit in den Mainstream hinein infrage gestellt. Es ist unwahrscheinlich, dass sie in alter Form einfach wieder in Kraft gesetzt werden können;
- stattdessen ist – ebenfalls bis in den Mainstream hinein – eine Diskussion um neue Wege beim Umgang mit öffentlichen Schulden entstanden. Die Debatten um die *Modern Monetary Theory* und den Kauf von Staatsschulden (sogenannte Monetarisierung) durch die Zentralbanken sind nicht nur in Hinblick auf die Finanzierung der Billionensummen zur Corona-Bekämpfung von Interesse, sondern haben auch zukünftige Bedeutung für die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation;
- die Probleme bei der Beschaffung von Masken und Beatmungsgeräten und danach von Impfstoff haben die Frage nach mehr Vorsorge, öffentli-

cher Planung und Steuerung von wichtigen Märkten aufgeworfen. In einigen Ländern (unter anderem Frankreich) wurden Finanzhilfen an die Airlines an Konditionen geknüpft, wie die Beendigung von Kurzstreckenflügen. Das kann zum Türöffner werden, um auch in anderen Schlüssel-sektoren wie Energie oder Mobilität gesellschaftlichen Interessen Geltung zu verschaffen, auch in den Branchen, die zu den Krisengewinnern gehören, wie die digitale und die Plattformindustrie.

Wie gesagt, das sind nur die Breschen, die in den Festungsanlagen des neoliberalen Kapitalismus entstanden sind. Sie können aber Ansatzpunkte für weitergehende Veränderungen sein (ausführlicher zu Corona siehe den Beitrag von Alex Demirović in diesem Band).

2. Zivilisationskrise und Krise(n) des Kapitalismus

Besonders bedrohlich sind die planetarischen Veränderungen in der Geo- und Biosphäre, die mit dem Begriff des *Anthropozäns* bezeichnet werden. Elmar Altvater, Jason Moore und Andreas Malm haben zeitgleich und unabhängig voneinander darauf hingewiesen, dass der Begriff *Kapitalozän* adäquater als der Begriff *Anthropozän* ist. Denn wir haben es nicht mit einem ahistorisch allgemeinen Menschheitsproblem zu tun, sondern mit Prozessen, die erst durch die kapitalistische Produktionsweise in den letzten Jahrhunderten ihre destruktive Wucht gewonnen haben. Die Natur wurde und wird auf eine Weise angeeignet und transformiert, welche die Zivilisation selbst infrage stellt. Naturbeherrschung schlägt in die unkontrollierbare Zerstörung der Lebensgrundlagen um. Die menschengemachte Klimaerwärmung wird zur existenziellen Bedrohung allen Lebens, wenn es nicht zu einer Wende kommt.

Ein singuläres Charakteristikum dieser Bedrohungen besteht in der besonderen Qualität des Zeitfaktors und in ihrer weltumspannenden Reichweite. Zwar gab es auch schon früher Umwelt- und Naturkatastrophen, wie der Untergang der Maya-Kultur oder die Pest im Mittelalter. Aber sie waren regional begrenzt und es gab trotz entsetzlicher Opfer ein besseres *Danach*. Das gilt auch für die politischen Katastrophen im »Schlachthaus der Geschichte« (Heiner Müller): Kriege, Massaker, Völkermord, Faschismus. Wenn sich nach solchen Niederlagen für Humanität und Zivilisiertheit noch sagen ließ »Die Enkel fechten's besser aus!«, so gilt das für die physikalischen, chemischen und biologischen Vorgänge in der Biosphäre nicht mehr. Mit beschleunigtem Tempo näher wir uns Kippunkten der biophysischen Systeme, die die Stabilität des Planeten über Jahrmillionen garan-

tiert haben. Sind diese Kippunkte erreicht – teilweise ist das schon der Fall oder könnte tatsächlich in wenigen Jahren der Fall sein – finden irreversible, das heißt durch Menschen nicht mehr aufhaltbare Veränderungen statt. Nach dem Stand der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse sind einige dieser Prozesse schon so weit fortgeschritten, dass sie sich nicht mehr stoppen lassen, die Möglichkeiten dazu wurden vertan. Für die Zukunft kann es nur darum gehen, für eine Gestaltung einzutreten, die demokratisch erfolgt und langfristige Perspektiven einer ökologisch-nachhaltigen Umlenkung der Prozesse verfolgt.

2.1 Eine singuläre Zivilisationskrise

Seit den 1970er Jahren weiß man von zunehmend desaströsen ökologischen Entwicklungen. Dennoch folgte daraus bisher kein angemessenes Handeln. Auch heute, da der Handlungsdruck und die Kosten exorbitant gestiegen sind, stehen die gesellschaftlichen Verhältnisse einer raschen und vor allem problemadäquaten Reaktion auf das Desaster entgegen, denn sie erlauben es nicht, eine gesamtgesellschaftliche Rationalität auszubilden. Die Erwartung, dass sich aus dem Streit und der Konkurrenz der Einzelinteressen hinter dem Rücken der Akteure oder durch Vermittlung des Staates am Ende und noch zur rechten Zeit so etwas wie ein vernünftiges Gesamtinteresse herausbilden könnte, halten wir für unrealistisch.

Dies erlaubt uns die Annahme, dass unsere Situation nicht durch eine Krise unter vielen anderen gekennzeichnet ist, wie sie der Kapitalismus immer wieder durchlief. Wir haben es mit einer Krise zu tun, die unserer Gegenwart einen singulären Charakter verleiht: Es geht um menscheitsgeschichtliche Weichenstellungen, die in einer kurzen Frist von wenigen Jahrzehnten vorgenommen werden müssen – und das zu einem Zeitpunkt, in dem die Welt durch Interessen und Spaltungslinien im Konflikt liegt.

Als handlungsfähiger Akteur existiert die Menschheit trotz einiger – und durchaus umstrittener und von mächtigen Akteuren bekämpfter – Ansätze, wie der UNO, bislang nicht. Um die Krise zu überwinden, reichen die herkömmlichen Instrumentarien, die traditionellen Verfahren Politik zu machen, nicht aus. Das gilt auch für Strategien, die nur nationalstaatlich oder sozial begrenzt sind.

Singuläre Zivilisationskrise heißt:

- Sie ist global und trifft die ganze Menschheit, wenn auch zunächst sozial, zeitlich und regional unterschiedlich und mit unterschiedlicher Intensität;
- ihre Destruktivkraft nimmt bis auf Weiteres progressiv zu und ist gattungsbedrohend.

Auch in den frühen Hochkulturen wurde der Stoffwechsel zwischen Natur und Gesellschaft gestört. Doch erst mit der kapitalistischen Produktionsweise und der europäischen Eroberung der Welt kam es zu einer exponentiellen Beschleunigung und Verstärkung dieser Entwicklung. Wie schon oft und ausführlich dargelegt, hat die strukturell grenzenlose Dynamik der Kapitalakkumulation eine stoffliche Seite, die sich in wachsendem Ressourcenverbrauch, Abfall und Emissionen äußert – und sie hat vor allem eine energetische Basis: Sie ist und bleibt »fossilistischer Kapitalismus« (Elmar Altvater). Insofern ist die Bezeichnung *Zivilisationskrise* aufs Engste mit der Krise der kapitalistischen Produktionsweise verbunden. Aber da diese heute in planetarischem Maßstab herrscht, bestimmt sie die zivilisatorischen Prozesse und mithin auch deren Krise.

Das bedeutet auch, dass eine Priorisierung oder zeitliche Abfolge im Sinne von »erst die Klimakrise lösen, dann sich um den Kapitalismus kümmern« – oder umgekehrt – in der Praxis scheitert. Umweltkrise und Kapitalismus stellen eine Einheit dar.

2.2 Ist ein »grüner Kapitalismus« möglich?

Eine der entscheidenden Kontroversen in der Debatte um die ökologische Krise dreht sich darum, ob ein grüner Kapitalismus möglich ist. Dessen Anhänger sind überzeugt, durch eine Kombination aus marktwirtschaftlichen Instrumenten, kohlenstoffarmer Energie, intelligenter makroökonomischer Politik, einer (digitalen) Modernisierung der Infrastrukturen, neuen Recycling-Techniken und einer Bepreisung und Kommodifizierung von bislang nicht monetär bewerteten »Dienstleistungen der Natur« (richtiger: »*free gifts of nature*«, so Karl Marx) könnte eine sozial-ökologische Wende eingeleitet werden. Zusammen mit einer Beschleunigung technischen Fortschritts und freiwilliger Veränderungen im privaten Konsumverhalten soll dieser Instrumentenmix die Wirtschaft durch öffentliche Nachfrage stimulieren und Arbeitsplätze in den sogenannten Umweltindustrien sowie im Bereich der (freilich nicht CO₂-freien, wohl aber CO₂-ärmeren) öffentlichen Dienstleistungen schaffen. Im »Industriestandort Deutschland« besteht auch die Erwartung, damit einen internationalen Wettbewerbsvorteil durch Technologieführerschaft erzielen zu können, insbesondere bei der Wasserstofftechnologie sowie beim Einsatz von Industrierobotern.

Etwas verkürzt lautet die Zauberformel des grünen Kapitalismus, dessen Anhänger sich je nach parteipolitischer Couleur auf »grünes« oder »qualitatives« Wachstum berufen: Da die unheilige Allianz von Profitmaximierung und Konsumsteigerung ohne konflikträchtige Eingriffe in die Eigentumsrechte nicht aufgebrochen werden kann oder nicht aufgebrochen werden

soll, müssen unbedingt *Win-win-Konstellationen* angestrebt werden. Einheimische Unternehmen (allen voran die Automobilindustrie und ihre Zulieferer), von denen der »Wohlstand der Nation« bislang in erheblichem Maße abhing, sollen auch in Zukunft die Quellen von Profit, Arbeitseinkommen, Steuereinnahmen und Konsumfreude sein.

Allerdings ist die Diskussion auf wenige Branchen oder Technologien verengt. Doch alle großen Sektoren der kapitalistischen Volkswirtschaft sind klima- und umweltrelevant: Rohstoffgewinnung, Landwirtschaft, Bau, Produktion, Handel, Dienstleistungen und der Finanzsektor. Auch vermeintlich immaterielle Prozesse wie die Internetkommunikation tragen erheblich zur Umweltzerstörung bei, da sie große Mengen Rohstoffe benötigen und sowohl bei der Herstellung ihrer »hardware« als auch beim Betrieb einen erheblichen Energiebedarf erzeugen, der aus heimischen erneuerbaren Quellen nicht gedeckt werden kann. So frisst z.B. allein das Blockchain-Verfahren der privaten Digitalwährungen so viel Strom wie ein mittelgroßes Industrieland.

Auffällig ist zudem, dass die scheinbar parteiübergreifende Bereitschaft zu einer »grünen Wende« systemische Zwänge ausblendet, die die Hoffnung auf »grünes Wachstum« infrage stellen. Ganz zu schweigen davon, dass Umfang und Zeitrahmen der avisierten Maßnahmen der doppelten Herausforderung von Umwelt- und Klimaschutz nicht gerecht werden:

- Auf der Ebene der technologischen Entwicklungen sind dies die verschiedenen *Re-bound-* und *Back-fire-Effekte*. Hinzu kommt, dass der technologische Fortschritt um vieles schneller ablaufen müsste als dies in der Vergangenheit geschehen ist. Besonders riskant aber sind bei allen technischen Lösungen die nicht-intendierten Folgen und die vielfältigen *Trade-offs* – also Zielkonflikte zwischen sich einander ausschließenden Ansätzen, die nur durch politische Entscheidungen gelöst werden können. Zu diesen *Trade-offs* gehören u.a. der im Vergleich zu fossilen Energieträgern ungleich niedrigere »*energy return on energy invested*« von erneuerbarer Energie, aber ebenso der erhöhte Verbrauch an metallischen Rohstoffen und zum Teil auch an Wasser, der für kohlenstoffarme Energie- und Wärmeerzeugung, für Mobilität und Produktionsprozesse aufzubringen wäre. Hinzu kommt, dass »grüne« Energieträger im Wettbewerb mit »braunen« strukturell insofern unterlegen sind, als die Infrastrukturen für Letztere bereits existieren, für die »grünen« Hoffnungsträger aber erst kostenträchtig errichtet werden müssen. Allerdings folgt daraus keine grundsätzliche Weigerung, auch (neue) Technologien im Kampf um eine sozial-ökologische Transformation zu nutzen. Nötig ist allerdings eine öffentliche Diskussion, die alle Zielkonflikte und zumindest die absehbaren »nicht-intendierten Nebeneffekte« der Entwicklung und des Einsatzes neuer Technologien ein-

bezieht, sodass politisch darüber entschieden werden kann, welche Technologien gesellschaftlich erwünscht sind und welche nicht.

- Auch auf den Märkten herrschen systemische Zwänge, die in einem grünen Kapitalismus nicht überwunden werden können: Es gibt die ungebrochene Dominanz der großen Energieunternehmen und der von diesen abhängigen Industrieunternehmen. Kosten, die diesen durch eine »grüne Wende« entstehen, lassen sich leicht »externalisieren«, etwa durch eine Verlagerung der Produktion. Daher müsste nicht nur der sogenannte Ökostrom weit schneller ausgebaut werden als bislang geplant, es müssten schon aus rein wirtschaftlichen Gründen zugleich alle Kohlekraftwerke abgeschaltet und der Export von (subventionierter) Kohlefördertechnologie (aus Deutschland und aus Frankreich) gestoppt werden. Zudem ist auch weiterhin damit zu rechnen, dass es im Rahmen des Zertifikate-Handels mit Emissionsrechten wieder zu »windfall profits«, d.h. zu Mitnahmeeffekten für die Verschmutzer kommt.
- Die Finanzmärkte erzeugen einen hohen Druck auf das realwirtschaftliche Kapital, einen akzeptablen Profit zu generieren. Das geht nur durch eine Ausweitung der Produktion – egal welcher Güter. Zudem erzwingen die unregulierten Finanzmärkte eine Orientierung an kurzfristiger Profitabilität. Auch sind sie in aller Regel risikoscheu und bevorzugen den langsamen Wandel; sie werden daher eine entscheidende Bremserrolle bei der ökologischen Restrukturierung der Volkswirtschaften spielen und auch den Ausbau arbeitsintensiver Dienstleistungen behindern. Bescheidene Ansätze, die Finanzierung von fossilen Rohstoffen zurückzufahren, gibt es zwar. Doch nichts spricht dafür, dass gerade von den Finanzmärkten eine grundsätzliche Wende zu erwarten wäre. Hinzu kommt das Problem, dass die Regierungen in aller Welt budgetären Zwängen unterworfen sind und daher entweder nicht bereit oder nicht in der Lage sind, einen ökonomisch hinreichend großen Stimulus im Sinne des geforderten *Green Deal* zu erzeugen.

2.3 Systemische Grenzen des Kapitalismus

Als letztlich entscheidendes Hindernis für einen grünen Kapitalismus aber dürften sich die systemischen Grenzen des Kapitalismus erweisen: der Zwang zur Akkumulation, das Einsaugen von immer mehr lebendiger Arbeitskraft und – aufgrund wachsender Produktivität – die Erzeugung von immer größerem Output. Die Akkumulation von Kapital muss sich notwendig vergrößern. Wächst die Wirtschaft nicht, wird dies als Rezession und Krise wahrgenommen und es werden entsprechende Maßnahmen zur Stimulation des Wachstums ergriffen. Es ist daher nur konsequent, wenn Ursula von der Leyen in Da-

vos die Spitzen des globalen Kapitalismus beruhigt: »Der europäische Green Deal ist unsere neue Wachstumsstrategie.« (Europäische Kommission 2020)

Außerdem sind alle ökonomischen Akteure gezwungen, die Kosten der Konkurrenten zu unterbieten oder aber neue Märkte zu erobern – und dies geschieht in der Regel durch mehr und nicht weniger physische Produktion und den darauf folgenden Konsum. Andere Wohlfahrtsparameter werden zwar seit vielen Jahren diskutiert, sind aber bislang nicht durchsetzungsfähig. Daher lässt sich mit einem grünen Kapitalismus bestenfalls noch ein wenig Zeit gewinnen – gesetzt den Fall, dass die Wende tatsächlich sehr schnell (und nicht erst in den 2030er Jahren!) eingeleitet wird.

Die Erfahrungen mit der Umwelt- und Klimapolitik in der EU stimmen nicht gerade optimistisch. Zwar sehen wir gegenwärtig einen breiten Konsens, der von Industrieverbänden über alle Parteien (mit Ausnahme der Hardcore-Leugner des Klimawandels) bis zu Greenpeace und Greta Thunberg, vom US-Präsidenten über die EU bis zur KP Chinas reicht, zur Jahrhundertmitte *Klimaneutralität* zu erreichen, ohne auf neueste Technologie, boomende Industrie, nachhaltigen Verkehr und ebensolches Wohnen zu verzichten – alles ganz ohne fossile Brennstoffe! Doch kaum jemand spricht über den exorbitant steigenden Rohstoffeinsatz, den all dies erfordert, und über die riesigen Mengen an erneuerbarer Energie, die dafür nötig wären. Dabei ist vor allem ein Thema tabu: Solange Natur, Arbeit und Geld dem Marktmechanismus nicht entzogen werden, bleiben die auf Akkumulation gepolten Kräfte des Kapitalismus intakt, und damit auch die fortschreitende Inwertsetzung und Zerstörung der »Geschenke der Natur«, von denen Marx sprach.

Veränderungen im Lebensstil der »fliegenden« und anderweitig massiv CO₂-emittierenden und »flächenaufzehrenden« Klassen, zu denen in den reichen Industrieländern auch große Teile der Arbeiterschaft und noch größere Teile der für Nachhaltigkeit streitenden Zivilgesellschaft gehören, bleiben widerrufbar – sofern es sich dabei um freiwillige individuelle Entscheidungen handelt. Auch weisen zahlreiche Praktiken einer nachhaltiger Lebensweise, beispielsweise die vegane Ernährungspraxis, ebenfalls *Trade-offs* auf: Wenn Kuhmilch in großem Stil durch Milch auf der Basis von Mandeln, Soja, Kokos oder Hafer ersetzt wird, so hat auch dies unerwünschte »Nebeneffekte«, etwa das Bienensterben auf kalifornischen Mandelplantagen, die Rodung von Urwäldern in Indonesien und Brasilien für den Anbau von Kokospalmen und Soja oder den enormen Flächenbedarf für den Anbau von Hafer in europäischen Breiten.

Um eine tatsächlich nachhaltige Lebensweise in den reichen Industrieländern zu realisieren, wäre bis Mitte des Jahrhunderts dort eine Rückführung des Ressourcen-, Flächen- und Energieverbrauchs pro Kopf der Bevölke-

rung auf das Niveau der 1970er und danach auf das der 1960er und 1950er Jahre notwendig. Das aber lässt sich als individuell zu verantwortende Lebensstiländerung nicht bewerkstelligen, sondern erfordert massive regulative Eingriffe und ja, auch Planung und Verbote. Es ist schwer vorstellbar, wie derartige Maßnahmen durchgesetzt werden könnten – wo wir doch gerade erleben, dass bereits eine mehrmonatige Einschränkung von individuellen Freiheitsrechten im Rahmen der Pandemiebekämpfung auf den erbiterten Widerstand vieler Menschen stößt.

2.4 Gesellschaftliche Planung

Ohne einschneidende Eingriffe in den Marktmechanismus, das heißt, die Steuerung von Angebot und Nachfrage einzig über den Preis und insbesondere in den strategischen Schlüsselbereichen der Wirtschaft, kann eine sozial-ökologische Transformation nicht gelingen. Unumgänglich sind gesamtgesellschaftliche Steuerung und Planung, bei denen demokratische Prozesse von unten und demokratisch legitimierte Entscheidungen von oben miteinander verzahnt werden.

Die nüchterne Wahrheit ist, dass die kapitalistische Produktionsweise trotz ihrer Erfolge nun ein Stadium erreicht hat, in dem sie das Leben vieler Menschen nicht mehr erhält und verbessert, sondern zerstört. Daher stellt ein Kampf gegen Klima- und Umweltkatastrophen, der deren inneren Zusammenhang mit der kapitalistischen Form der Reichtumserzeugung meint ausblenden zu können, eine Reduktion von Komplexität dar, an der ein solcher Kampf notwendigerweise scheitern muss. Es wäre schön, wenn die Dinge einfacher lägen, aber wer vom Klima redet, kann vom Kapitalismus nicht schweigen. Aufgabe kritischer Gesellschaftsanalyse ist es, diese Zusammenhänge sichtbar zu machen und für die gesellschaftlichen Debatten zu popularisieren. Gefragt ist eine politische Ökonomie einer sozial-ökologischen Transformation, die zugleich auf die Überwindung des Kapitalismus zielt.

3. Klima, Krieg und die Transformation des internationalen Systems

Es ist eine triviale Feststellung, dass die ökologische Krise nur durch internationale Kooperation zu bewältigen ist. Gegenwärtig aber geht der Trend in die entgegengesetzte Richtung. Geopolitische Rivalität, Sanktionspolitiken, Konfrontation und Konflikte nehmen zu und führen zu systemischer Instabilität in der internationalen Ordnung. Ein neuer Kalter Krieg bahnt sich an, und selbst die Brisanz der Atomkriegsgefahr, die in den letzten Jahrzehnten

unter Kontrolle schien, hat wieder zugenommen. Auch hier hat Corona nichts zum Positiven verändert. Im Gegenteil, trotz der Anrufung der Menschheit als kosmopolitisches *Wir*, das angesichts einer globalen Gefahr doch zusammenstehen müsse, geriet das Thema von Anfang an in die Mühlen geopolitischer Rivalitäten und eines knallharten Propagandakrieges. Nachdem anfangs mit dem üblichen amerikano- und eurozentristischen Dünkel auf China herabgesehen worden war, kamen schnell Missgunst, Neid und Aggressivität auf, als die Menschen in New York und der Lombardei wie die Fliegen starben. Dass dann China im Sommer 2020 fast zur Normalität zurückkehrte und anders als die Konkurrenz noch Wachstum verzeichnete und gar Russland mit *Sputnik V* einen wirksamen und kostengünstigen Impfstoff in zahlreiche Länder des Globalen Südens exportieren konnte, ist symbolträchtiger Ausdruck für die sich anbahnende neue Welt. Es ist eine schwere Kränkung für das kollektive Selbstverständnis des Westens und sein seit 500 Jahren eingeübtes Überlegenheitsdenken.

Angetrieben wird diese Entwicklung von der Transformation des internationalen Systems. Bis in die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts dominierten die USA als Hegemonialmacht im imperialen Kapitalismus. Zwar werden sie weiterhin militärisch, ökonomisch und politisch eine Supermacht bleiben. Aber mit dem Aufstieg Chinas (und mittelfristig wohl auch Indiens) und der Renaissance Russlands als Großmacht gehört ihre Monopolstellung der Vergangenheit an. Auch die EU formuliert Ambitionen auf eine Weltmachtrolle, wobei allerdings fraglich ist, wie realistisch die Aussichten dafür sind (s.u.). Machtpolitisch in der zweiten Reihe stehen Länder, die als Regionalmächte agieren, so z.B. die Türkei, Saudi Arabien, der Iran, oder neuerdings auch Großbritannien, das glaubt, als »*Global Britain*« eine weltpolitische Rolle spielen zu können. London plant dazu, die Zahl seiner Atomsprengköpfe von 160 auf 280 zu erhöhen. Diese neue Weltordnung ist ungleich komplexer und zugleich instabiler als das bipolare System des Kalten Krieges oder die kurze Ära unipolarer US-Hegemonie.

Eigentlich läge in diesem Umbruch auch eine Chance zu einer gewissen Demokratisierung des internationalen Systems. Andererseits waren Auf- und Abstiegsprozesse im internationalen System aber immer auch besonders gefährliche Zeiten. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs ist dafür exemplarisch. Die alten Führungsmächte verteidigten ihre Position mit Zähnen und Klauen. Die US-Außenpolitik wird davon schon seit Obamas Präsidentschaft geprägt. Die Biden-Administration setzt diesen Kurs planvoller und entschlossener durch als ihre Vorgänger. Die Aufsteiger wollen sich dagegen der etablierten Macht nicht länger unterwerfen. Es entstehen neue Allianzen, die sich aber auch wieder schnell verändern können. Reibungs-

flächen und Konflikte nehmen zu, die internationalen Beziehungen werden spannungsgeladen, konfrontativ und unberechenbarer.

Auch die ökonomische Seite der Globalisierung ist insofern davon betroffen, als es in einigen Sektoren zu einer geopolitisch motivierten De-globalisierung kommt. Wie die US-Sanktionen gegen Huawei und andere High-Tech-Konzerne Chinas zeigen, entsteht eine Spaltung im Technologiebereich. Gleichzeitig wird eine Umgruppierung der Lieferketten angestrebt. Sowohl die USA als auch China wollen erklärtermaßen die Verwundbarkeit ihrer Volkswirtschaften verringern. China und Russland arbeiten an einer Abkopplung vom Dollar als Weltwährung und entwickeln Alternativen zu globalen Infrastrukturen wie z.B. dem elektronischen Informationssystem des Finanzsektors SWIFT.

Es geht also nicht nur um eine Neujustierung militärischer Macht und bekannter Einflusszonen. Es werden Rohstoffe für neue Technologien und Agrarflächen benötigt; es finden Konflikte um die Freiheit der Meere und Rohstoffe auf dem Meeresboden statt. Der Weltraum hat an Bedeutung gewonnen, weil die Kontrolle über die dort stationierten Kommunikations- und Überwachungssatelliten für die ökonomische, politische und militärische Überlegenheit notwendig ist. Absehbar ist auch Weltraumbergbau und Konflikte um Rohstoffabbau auf Mond und Mars – mit unübersehbaren ökologischen Folgen für das Ökosystem Erde durch eine industrielle Raumfahrt und die Zufuhr von extraterrestrischen Rohstoffen.

3.1 Neue Brisanz der Atomkriegsgefahr

Die einseitige Kündigung der Rüstungskontrollverträge,¹ zuerst des *ABM-Vertrags* durch die Bush-Administration 2002, die Kündigung des *INF-Vertrags* und des *Open Skies-Abkommens* durch die Trump-Administration 2019 schaffen im Verein mit technologischen Innovationen – militärischer Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Militarisierung des Weltraums, Hyperschallträgersysteme u.a. – eine explosive Situation. Es entsteht das Risiko, dass das strategische Gleichgewicht, d.h. die Fähigkeit, auch nach einem atomaren Angriff mit einem Zweitschlag den Gegner noch vernichten zu können, an einen Kippunkt geraten könnte. So abstrus und prekär dieses Gleichgewicht einerseits ist – mehrfach stand die Welt durch Krisen oder technische Pannen

¹ ABM = Anti-Ballistic Missile. Der Vertrag verbietet Abwehrsysteme gegen Atomraketen, weil damit die Zweitschlagskapazität neutralisiert werden kann. INF = Intermediate Range Nuclear Forces (Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles). Der Vertrag verbietet die landgestützte Stationierung in Europa. New Start = (Strategic Arms Reduction Treaty), begrenzt Zahl der Langstreckenraketen und Sprengköpfe. Treaty on Open Skies = Vertrauensbildende Maßnahme; erlaubt vereinbarte Aufklärungsflüge über dem Territorium Russlands und von NATO-Ländern.

vor dem Abgrund –, hat es auf der anderen Seite durch den gesamten Kalten Krieg hindurch einen Krieg zwischen den Nuklearmächten verhindert.

Ein Ende des Gleichgewichts würde die Atomkriegsgefahr drastisch erhöhen. Die Erfahrung mit Trump führt das Risiko vor Augen, was es bedeuten könnte, wenn ein unberechenbarer Psychopath mit Überlegenheitsfantasien über den Roten Knopf verfügt. Neben der Klimaerwärmung wird der *Nukleare Winter* wieder zur akuten Gefahr. Selbst ein regionaler Atomkrieg würde mit seinen Auswirkungen auf Klima, Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung usw. in wenigen Monaten eine planetarische Katastrophe hervorrufen. Bei einem Atomkrieg in der nördlichen Hemisphäre könnte die globale Durchschnittstemperatur für mindestens zehn Jahre sogar um sechs bis acht Grad sinken. Zum Vergleich: In der letzten Eiszeit lag die tiefste Temperatur um fünf Grad unter der im 20. Jahrhundert.

Immerhin hat die neue US-Administration das russische Angebot zur Verlängerung des *New Start-Abkommens*, das im Februar 2021 abgelaufen wäre, angenommen. Allerdings reicht das nicht einmal aus, um wenigstens wieder auf das Stabilitätsniveau der atomaren Rüstungskontrolle von 1990 zu kommen. Neue Verhandlungen und neue Abkommen sind dringend notwendig, schon allein um den Ausbruch eines Krieges durch Irrtum oder technisches Versagen auszuschließen.

Zumal sich auch bei der konventionellen Rüstung durch neue Technologien neuartige Risiken ergeben. Vor allem die Digitalisierung führt zur Beschleunigung in allen militärischen Bereichen. Der Trend geht zur Automatisierung aller Abläufe. Technisch möglich sind vollkommen autonome Systeme und Killerroboter. Schon schlägt das US *Air Force Institute of Technology* ein automatisiertes strategisches System auf der Basis von Künstlicher Intelligenz vor. Damit würden die Vorwarnzeiten bei einem nuklearen Angriff, die schon jetzt nur 30 bis 45 Minuten betragen, auf unter zehn Minuten schrumpfen. Auch Innovationen, wie Hyperschall-Trägersysteme, die in den USA, China und Russland entwickelt werden, haben das Potenzial, das strategische Gleichgewicht zu verschieben. Zudem nimmt die Militarisierung des Weltraums eine neue Qualität an. So hat Trump die US-Weltraumstreitmacht neben *Army*, *Navy* und *Air Force* zur eigenen Waffengattung erhoben. Hinzu kommen Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen, auf öffentliche Diskussionsforen und Institutionen (wie Verwaltungsvorgänge, Personaldaten, Wahlprozesse, Forschungseinrichtungen), nicht zu vergessen die völkerrechtswidrige Drohnenkriegführung der USA im »Krieg gegen den Terror«. All das führt dazu, dass die Grenzen zwischen konventioneller Kriegführung, Aufstandsbekämpfung und Mord verschwimmen.

3.2 Nicht nur die Hardware

Neue Sicherheitsrisiken entstehen nicht nur aus den Veränderungen bei der militärischen Hardware. Eine fundamentale Rolle in konfliktiven Beziehungen spielen immer Vertrauen bzw. Misstrauen. Weil man dem Rivalen und Gegner alles Bösartige zutraut, erzeugt man bei sich selbst ein entsprechend großes Sicherheitsbedürfnis – und das geschieht spiegelbildlich auch auf der Gegenseite. Militärisches Denken ist daher immer von *Worst-Case*-Szenarien geprägt. Die Ungewissheit auf beiden Seiten steigt. Diplomatie und andere Formen der zwischenstaatlichen Kommunikation verlieren an Wert. Sicherheit schrumpft auf militärische Sicherheit zusammen. Es kommt eine Spirale in Gang, in der sich die verschiedenen Seiten immer weiter hochschaukeln. Das schlägt sich irgendwann dann auch in entsprechenden Militärdoktrinen nieder. Beispielsweise gehört ein atomarer Erstschlag bisher nicht zur Militärdoktrin des Kreml. Sollte sich aber das strategische Gleichgewicht zuungunsten Russlands verschlechtern, könnte sich das ändern.

In diesen Kontext gehört auch die Produktion von Feindbildern und das dazu passende Selbstbild. Der potenzielle Feind wird in düstersten Farben dargestellt, während das eigene Lager als der lichte Hort edler Werte beweihräuchert wird. Solche manichäischen und moralinsauren Weltbilder können dann bei Verschärfung eines Konflikts abgerufen werden, um die Massenloyalität im eigenen Lager zu sichern. Der Missbrauch von Auschwitz zur Rechtfertigung des völkerrechtswidrigen NATO-Kriegs 1999 gegen Jugoslawien durch den damaligen Außenminister Joschka Fischer ist ein Beispiel aus der jüngeren Geschichte. Auch Joe Biden nutzt diese Methode, wenn er, wie bei der (virtuellen) Münchener Sicherheitskonferenz 2021, seine Konfrontationspolitik gegenüber China und Russland mit einer Schwarz-Weiß-Konstruktion vom weltweiten Kampf zwischen Demokratie und Autokratie legitimiert. Der britische Premier Johnson bringt das dann auf die Formel, Großbritannien müsse »seine historische Mission erfüllen, eine Kraft des Guten zu sein« (FAZ, 17.3.2021), während Biden sich nicht scheut, den russischen Staatschef als Killer zu bezeichnen. Ganz so primitiv ist die Rhetorik der Bundesregierung und der EU nicht. Bei ihnen ist dann eher von »wertebasierter Außenpolitik« die Rede. In der Sache geht es aber ebenfalls um die Konstruktion eines Feindes und der eigenen Überlegenheit.

3.3 Die Rolle der EU

Auch die EU, die sich bisher im Windschatten der US-Hegemonie bewegte, ist von dem Umbruch massiv betroffen. Die Antwort, die die herrschenden Klassen darauf formuliert haben, ist der Rückgriff auf überkommene Konzepte, nämlich der Versuch, selbst Weltmacht zu werden, inklusive

des Aufbaus militärischer Kapazitäten für den weltweiten Einsatz. Ursula von der Leyen spricht von einer »geopolitischen Kommission«, der sie vorsteht und meint, die »Sprache der Macht lernen« zu müssen. Da in der Ära Trump die Erosion in den transatlantischen Beziehungen ein spektakulärer Teil des geopolitischen Wandels war, führte das zur Diskussion um »strategische Autonomie« der EU, und es wurden Maßnahmen zur Militarisierung der EU-Außenpolitik eingeleitet. Darunter sind milliarden schwere Rüstungsprojekte, wie ein Kampfflugzeug oder ein neuer Panzer. Vor allem die deutsche und die französische Rüstungsindustrie werden von den Projekten profitieren. Die Globalstrategie der Biden-Administration sieht für die EU wieder stärker die Rolle eines Juniorpartners vor, was die Bestrebungen nach *strategischer Autonomie* wohl wieder etwas dämpfen dürfte. So will Biden eine Arbeits- und Lastenteilung: Strategisch sollen die europäischen NATO-Mitglieder vor allem noch schärfer gegen Russland in Stellung gebracht werden, während die USA primär die Konfrontation mit China anführen. Gleichzeitig bedeutet dies, dass auch die finanziellen Lasten für die Militarisierung steigen.

Ungeachtet der Frage, ob die Sehnsucht der EU nach Großmachtstatus überhaupt eine realistische Perspektive hat, kann man schon jetzt konstatieren, dass damit auf keinen Fall ein Beitrag zur Lösung internationaler Konflikte geleistet wird. Im Gegenteil, Großmachtgehebe verschärft Spannungen und blockiert Kooperation.

Gleichzeitig absorbieren die internationalen Spannungen einen großen Teil der Problemlösungskapazitäten der Politik und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und relativieren so die großen Herausforderungen von Klima- und Umweltschutz, Gerechtigkeit und Demokratie. Außerdem führt es zu einer weltpolitischen Marginalisierung all jener Regionen, die nicht in der Lage sind, sich an den globalen Hegemonialauseinandersetzungen zu beteiligen. Besonders drastisch wird dies an Subsahara-Afrika sichtbar, das auf der internationalen Agenda kaum eine Rolle spielt.

3.4 Herausforderungen an emanzipatorischen Internationalismus

Die Transformation des internationalen Systems zwingt dazu, sich in der neuen Welt-Un-Ordnung orientieren und verhalten zu können. Im Gegensatz zur relativen Übersichtlichkeit im bipolaren System des Kalten Krieges ist die Situation weitaus komplexer. Sie stellt erhöhte Anforderungen an Analyse und Strategie. Mit einfachen Maximen kommt man nicht mehr weit.

Sich prinzipiell und dauerhaft auf die eine oder andere Seite zu schlagen, wie dies im Kalten Krieg üblich war, ist genauso problematisch geworden. Aber auch Äquidistanz ist keine Lösung. Damit entzieht man sich der kon-

kreten Analyse von Ursachen, Wirkungen und Wechselwirkungen, Kräfteverhältnissen, ungewöhnlichen Interessenskonfigurationen etc. und verschanzt sich stattdessen hinter einem abstrakten Prinzip. Die gegenwärtige Verschärfung der Spannungen in den internationalen Beziehungen geht aber eindeutig von den USA und ihren Verbündeten aus. Wenn man das verkennt, vergibt man Eingriffsfähigkeit in die konkreten Auseinandersetzungen, gibt sich als eigenständiger Akteur auf und ist nur noch unbeteiligter Zaungast bei existenziellen Konflikten unserer Zeit.

Besonders schwierig für eine progressive Außenpolitik ist dabei das Spannungsverhältnis zwischen emanzipatorischen Wertvorstellungen wie Menschenrechten und Demokratie auf der einen Seite und auf der anderen Seite Frieden, Kooperation, Völkerrechtsprinzipien wie Souveränität, Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder und Multilateralismus. Das betrifft auch die Klimabewegung. Hier liegen ungelöste Fragen, wenn nicht sogar Dilemmata. Dennoch führt kein Weg daran vorbei, sich mit ihnen auseinanderzusetzen (siehe ausführlicher dazu den Beitrag »Krieg und Frieden in der multipolaren Welt-Unordnung« von Peter Wahl in diesem Band).

Fazit: Der Kampf gegen die Klima- und Umweltkatastrophen ist nicht zu trennen von den Problemen von Konflikt, Krieg, Militär und der Dynamik des internationalen Systems. Eine realistische Umweltpolitik kommt nicht darum herum, für Kooperation, Multilateralismus, Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung einzutreten. Dies erhöht die Komplexität einer angemessenen Strategie um eine weitere Dimension. Aber die Zeit einfacher Lösungen, so es sie denn je gab, ist vorbei.

4. Krise der Demokratie

Die politischen Umbrüche in vielen OECD-Staaten seit der Finanzkrise 2008 – Aufstieg rechter Parteien, Krise der Sozialdemokratie und zunehmend auch der Konservativen, Stagnation der Linken – werden als Verfallserscheinungen einer Demokratie gedeutet, die davor angeblich funktioniert habe. Tatsächlich aber wird die Krise der Demokratie schon seit Johannes Agnoli und Peter Brückners Schlüsselwerk über die »Transformation der Demokratie« diskutiert (Agnoli/Brückner 1968). Prägend für die Diagnose einer erneuten Krise der Demokratie wurde der Begriff der Postdemokratie von Jacques Rancière (1995) und dann von Colin Crouch (Crouch 2008). Doch es handelt sich nicht um einen linearen Verfallsprozess, sondern eher um unterschiedliche Krisen in verschiedenen Konjunkturen der kapitalistischen Entwicklung.

Nach der Jahrhundertwende hat sich offenbar wieder etwas verschoben. Die Linke versucht, diese Verschiebungen mit Begriffen aus früheren Phasen zu erfassen, von *autoritärem Etatismus*, *autoritärem Staat* oder auch *Faschismus* ist die Rede. Allerdings unterscheiden sich die heutigen Formen der Staatlichkeit von früheren. Die autoritären, kapitalistischen Staaten der fordistischen Periode (vom Franco-Regime über Pinochet bis Marcos) gleichen dem gegenwärtigen Nationalchauvinismus von den USA über Orbán bis Modi kaum.

4.1 Repressive Toleranz im Rechtsstaat

Zu konstatieren ist, dass Polizeien seit den 1970er Jahren umfassend ausgerüstet und miteinander verzahnt wurden. Vielfach wurden sie beinahe militärisch ausgerüstet und diese Ausrüstung wird auch bei friedlichen Demonstrationen eingesetzt. Das polizeiliche Ausspionieren von Bürgern, Überwachung des öffentlichen Raums und prädiktives polizeiliches Handeln nehmen zu. Die informationelle Aufrüstung, die materiellen Strafverschärfungen wurden mal mit der organisierten Kriminalität, mal mit der Terrorbekämpfung begründet.

Gleichzeitig kam es auch zu Liberalisierungen im Bereich »leichterer« Straftaten wie Diebstahl oder Körperverletzung und zu deutlichen Strafverschärfungen bei sexistischen Übergriffen oder Gewalt. Die Sicherheitsverwahrung nahm in den vergangenen Jahren zu und wurde vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet, das einstmals beschlossen hatte, dass lebenslange Haft gegen die Menschenwürde verstößt. Daneben gab es – und das ist für den Rechtsstaat viel gefährlicher als einzelne Verschärfungen – Tendenzen der Sicherheitsbehörden, sich über geltendes Recht oder richterliche Urteile hinwegzusetzen, etwa bei dem Einsatz der Bundeswehr beim G-8-Gipfel in Heiligendamm, der Kollaboration des Verfassungsschutzes mit dem NSU und des BND mit der NSA. Zusammenfassend könnte man von einer *repressiven Toleranz* sprechen, die das herrschende Bild prägte.

Perspektive: Halbierter Rechtsstaat?

Verformungen des Rechtsstaates sind in vielen Staaten zu beobachten. Auch in anderen Mitgliedstaaten der EU finden Angriffe auf die Gewaltenteilung statt. Richter werden nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt, politisch kontrolliert, Gerichtsprozesse nach politischen Kriterien durchgeführt. Sehr weit ist die Entwicklung in Polen und Ungarn fortgeschritten, aber fast alle osteuropäischen Staaten der EU befinden sich in einem rechtsstaatlichen Abwärts. Die Datensammlung, die automatische Gesichtserkennung, die Zusammenführung von Daten, die den Sicherheitsbehörden auf der ganzen Welt

zur Verfügung stehen, stellen die klassischen Formen staatlicher Akten und Überwachung, wie perfide sie auch in autoritären Staaten betrieben werden konnte (etwa durch die Stasi), weit in den Schatten. Sie können damit zu Instrumenten für eine Verfolgung und Diskriminierung werden, wie sie in der bisherigen Geschichte staatlicher Regierungstechnik unbekannt waren.

Die Türkei unter Erdoğan hat sich zu einem autoritären Staat entwickelt, in dem Parteien, Wahlen und Parlament mit Notstandsverwaltung, polizeilicher und justizieller Willkür und massiver Einschränkung der Meinungsfreiheit einhergehen. Das Regime zeigt Züge einer Präsidialdiktatur. So weit sind die Regime in Ungarn oder Polen bisher nicht gegangen. Man kann dort dennoch von einem halbierten Rechtsstaat sprechen. Orbán bezeichnet das System selbst als »illiberale Demokratie«. Den Kampf um die Justiz führte auch Trump, indem er auf der Ebene der obersten Gerichtsinstanzen gezielt konservative Richter einsetzt, um seine diskriminierende Politik gegenüber ethnischen Gruppen fortsetzen zu können, etwa die Einreiseverbote für Menschen aus muslimischen Ländern.

In allen europäischen Staaten konnten in den vergangenen Jahren nationalchauvinistische Parteien beachtliche Erfolge verzeichnen (auch wenn sie – wie die FPÖ, der Front National,² die Lega mit ihrem Vorsitzenden Matteo Salvini, die Freiheitspartei von Geert Wilders – durchaus Niederlagen erfahren haben und nicht derart auf dem Durchmarsch sind, wie sie selbst behaupten). Es ist zu befürchten, dass ein Gewöhnungseffekt eintritt und diese Parteien als Teil des demokratischen Meinungsspektrums angesehen und als »regierungsfähig« anerkannt werden.

4.2 Zwischen marktkonformer Demokratie, autoritärer Wirtschaftsregierung und gelenkter Demokratie

Demokratie ohne die »Unteren«

Die Demokratie des Fordismus war anders als die neoliberale Variante am Kompromiss der Klassen orientiert. Das kontinuierliche Wirtschaftswachstum ermöglichte die – natürlich nicht proportionale – Beteiligung der unteren Klassen am Wohlstand. Damit wurde auch deren Zustimmung zum »sozialen Kapitalismus« erreicht. So hatten Gewerkschaften einen vergleichsweise großen gesellschaftlichen und politischen Einfluss. Der sozialstaatlichen Integration entsprachen eine politische Kooperation und gesellschaftliche Teilhabe auch der unteren Klassen.

² Inzwischen umbenannt in Rassemblement National

Mit dem Neoliberalismus wurde dieses Arrangement aufgekündigt. Der Herrschaftsmodus wird umgestellt, die Spaltungen der Lohnabhängigen werden durch die zunehmend ungleiche Entlohnung und Beschäftigungsverhältnisse vertieft. Demokratie wird zur Demokratie der herrschenden Klassen und der Mittelklassen. Die Gewerkschaften verlieren durch die Umstellung der Produktionsweise, durch neue Unternehmensstrategien, durch Auslagerung, Finanzialisierung und das Vordringen des Dienstleistungssektors an Einfluss. Tarifvertragsbindungen zu unterlaufen, Gewerkschaften und Betriebsräte auszugrenzen oder Bemühungen, sie zu zerschlagen oder ihre Aktivitäten zu behindern, sind verbreitete Praxis. Die »Großen« des Neoliberalismus, die »digitalen« Konzerne wie Amazon sowieso, aber auch viele kleine Unternehmen der New Economy verweigern die betriebliche Mitbestimmung. In Kauf genommen wurde, dass das untere Drittel der Gesellschaft nicht mehr beteiligt wird, beispielsweise nicht mehr zur Wahl geht. Damit wurde aber auch das Potenzial für eine Eruption geschaffen, die mit dem Aufstieg der national-chauvinistischen Parteien stattfand.

Substanzverlust der Demokratie durch supranationale Einbindung

Gleichzeitig wird die Demokratie konstitutionell gegen Systemveränderungen abgeschottet, indem nämlich mit den EU-Verträgen die neoliberale Marktwirtschaft Verfassungsrang erhält. Die Demokratie verlor an Substanz, weil politische Richtungsänderungen kaum möglich sind. Sie scheitern an den Vorgaben der Europäischen Union, in der ein Wettbewerbsstaat institutionalisiert wurde. Die EU ist gekennzeichnet durch konstitutionell organisierte strukturelle Zwänge, Unternehmenssteuern zu senken und Sozialausgaben zu kürzen, bzw. über den Abbau der Sozialleistungen indirekt das Lohnniveau zu senken.

Die nationale Politik wird in ihren Entscheidungsspielräumen beschränkt, sie unterliegt den rechtlichen Vorgaben der EU und den mittelbaren Sachzwängen, welche über die EU implementiert wurden. Sie wird damit in weiten Bereichen zur Symbolpolitik, wenngleich der Spielraum der Mitgliedstaaten unterschiedlich groß ist. Die starken Staaten wie die BRD können ihre Politik über die EU auch den anderen bis zu einem gewissen Maß verordnen. Das geschieht jedoch oft durch exekutivische Absprachen neben den Verträgen oder durch die Dominanz der Regierungsvertreter im Rat der EU. Am Ende lässt sich eine Machtverschiebung von der Legislative auf die Exekutive konstatieren. Der Verlust an sozialer Integration der Gesellschaft wird ausgeglichen zunächst durch die konstitutionelle Absicherung einer neoliberalen Ökonomie. Es entstand eine markt-konforme Demokratie.

Auf die Finanz- und anschließende Währungskrise der Jahre 2008ff. reagierte die EU mit einer autoritären Wirtschaftsregierung. Die Troika diktierte insbesondere Griechenland große Teile der Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik, und zwar neben den Verträgen der EU und nur auf der Grundlage von Kreditverträgen, die durch zwischenstaatliche Abkommen geschaffen wurden. Darin war die Durchsetzung der Austeritätspolitik vorgegeben. Die EU arbeitet auch auf anderen Wegen daran, eine Kontrolle über die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu erlangen. Das Europäische Semester ist ein wichtiger Baustein in diesem Bestreben. Damit werden die Parlamente direkt und indirekt weiter entmachtet.

Da inzwischen verschiedene Spaltungslinien durch die EU laufen: Nord gegen Süd und Ost gegen West, und weil Deutschland und Frankreich wegen unterschiedlicher Leistungsbilanzen unterschiedliche Interessen haben, funktioniert die zentralisierte Kontrolle der Haushaltspolitik jedoch nur begrenzt. Es gibt schlicht zu viele Interessenkonflikte, als dass die EU noch wirklich funktionieren würde. Viele Entscheidungen fallen in informellen Verhandlungen und auf administrativer Ebene.

Das gilt auch für die »Flüchtlingspolitik«, die vor allem als Abbau des Rechtsstaates zu werten ist. Das universelle Asylrecht und das universelle Recht auf Leben und Menschenwürde werden mit der Flüchtlingsabwehr eingeschränkt und Todesopfer in Kauf genommen. Auch hier unterscheiden sich aber die Staaten in der Rigorosität der Abwehr. Die Einigung über die Formen der Flüchtlingspolitik wie z.B. der Deal mit der Türkei laufen neben den Parlamenten und markieren so deren Entmachtung.

4.3 Green Deal oder illiberale Demokratie?

Die national-chauvinistischen Gruppierungen polarisieren die Gesellschaft, sodass Kompromisse nicht mehr möglich sind und der politische Konkurrent als Feind angesehen wird. Wenn Kompromisse und die Beteiligung der Opposition an Entscheidungen ausbleiben und diese gleichzeitig im politischen Wettbewerb diskriminiert wird, entwickelt sich das parlamentarische System weit weg von dem bisherigen Bild parlamentarischer Systeme in Europa. Man kann deshalb die Entwicklungen in den meisten der östlichen Mitgliedstaaten der EU als *gelenkte oder illiberale Demokratie* bezeichnen – Begriffe, mit denen die politischen Systeme in Russland bzw. Ungarn sich selbst bezeichnet haben.

Trump verwendete auch das Mittel der Polarisierung und tendierte zur Verweigerung von Kompromissen. Die Resistenzen des US-amerikanischen Systems der »*checks and balances*« waren zwar größer als die der politischen Institutionen in den jungen parlamentarischen Systemen des europäi-

schen Ostens. Doch machen die Erfahrungen mit Donald Trump deutlich, wie schnell auch in einer etablierten parlamentarischen Demokratie die Verfassungsinstitutionen untergraben werden können, wenn es entsprechende Bestrebungen mächtiger Gruppen gibt.

Wo der Nationalchauvinismus noch nicht in Regierungsämter aufgerückt ist, stellt er doch die parlamentarischen Systeme vor neue Probleme, Mehrheiten jenseits der überkommenen Lager oder Blöcke zu organisieren. Auf der einen Seite stehen national-chauvinistische Gruppierungen mit ihrem Konzept des selektiven, aber imperialen Protektionismus, das vergleichsweise scharfe Konturen angenommen hat. Neoliberale und Konservative schwanken zwischen dem Bündnis mit dieser Strömung (ÖVP/FPÖ-Regierung) und einem alternativen Weg über einen (*European*) *Green Deal*.

Der ökologische Umbau des Kapitalismus skizziert einen Entwicklungsweg, der unter Beibehaltung der kapitalistischen Marktherrschaft und rechtsstaatlichen und parlamentarischen Institutionen den Weg in ein neues Akkumulationsregime eröffnen könnte. Der *Green Deal* stellt somit die Alternative zum Umbau der staatlichen Institutionen in Richtung halbierten Rechtsstaat und illiberale Demokratie innerhalb des Kapitalismus dar. Aber dieser ökologische Umbau wird nicht ausreichen, um den Klimawandel und die weitere Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen aufzuhalten. »System Change« und ein linker *Green New Deal*, der die kapitalistischen Marktgesetze nicht unangetastet lässt, wird zwar propagiert und findet Unterstützung, ist aber wohl weit davon entfernt, als politisches Projekt mehrheitsfähig zu werden.

In pessimistischen Szenarien ist deshalb vorstellbar, dass Klimawandel und Umweltzerstörung die Lebensbedingungen der Menschen so verändern, dass ein unbarmherziger Kampf um Ressourcen zwischen den Staaten und auch innerhalb der Staaten stattfindet. Beim Kampf um Wasser hat diese Entwicklung schon begonnen. Nach außen haben sich einige Staaten – allen voran die USA – schon auf den Weg der Entrechtlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen gemacht. Wenn sich in zehn Jahren herausstellt, dass die Reduktions- und Umbauziele, die gegenwärtig gesetzt werden, nicht erreicht worden sind, wächst die Versuchung, Probleme im *Notstandsmodus* bearbeiten zu wollen. Ob in solch einer Situation Demokratie und Rechtsstaat im Inneren aufrecht zu erhalten sind, erscheint ausgesprochen fraglich. Es besteht dann auch die Gefahr, dass einige Gruppen auf brutale Repression zurückgreifen, um für sich Privilegien und Ressourcen zu erhalten – Anzeichen sind erkennbar, aber bisher ist das Dystopie. Schließlich kommt es auf die gesellschaftlichen Kämpfe an, die bestimmen, wie mit der Umwelt umgegangen wird und Ressourcen verteilt werden.

5. Subjekte der Transformation

Die gesellschaftliche Linke verfügt zwar in vielen Bereichen über mehr oder minder ausgearbeitete Zielvorstellungen und Programme, diskutiert aber nicht mit der gleichen Intensität darüber, *wie* diese Ziele erreicht werden können bzw. *wer* die Programme umsetzen kann. Die *Träger* gesellschaftlicher Veränderungen und Fragen der *Strategie* und *Taktik* bleiben häufig im Dunkeln – dies ist zumindest unser Eindruck hinsichtlich der Lage in Deutschland. Über die Lage der emanzipatorischen Kräfte in anderen Ländern maßen wir uns hier kein Urteil an.

5.1 Klassenanalyse – ein alter Hut?

Klar ist, dass eine sozial-ökologische, die kapitalistische Produktionsweise überwindende Transformation nur durch Massenbewegungen und organisierte politische Kräfte mit der Unterstützung großer gesellschaftlicher Mehrheiten ins Werk gesetzt werden kann. Um zu bestimmen, welche Schritte und welche Bündnisse dafür notwendig sind, ist eine genaue Analyse der gesellschaftlichen Kräfte, der sozialen Gruppen, Klassen und Klassenfraktionen, der zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien notwendig, und zwar für jedes Land. Notwendig ist eine differenzierte Klassenanalyse, die durch eine Analyse der Geschlechterverhältnisse, der Migrationsbewegungen und der rassistischen Diskriminierung, der gesellschaftlichen Diskurse und der sozialen Bewegungen ergänzt werden muss.

5.2 Die Linke und die Arbeiterklasse

Hier liegt eine zentrale Ursache für die seit Langem konstatierte Krise der Linken. Während die Linke historisch ein Teil der Arbeiterbewegung war, scheinen heute viele Akteure, die sich im weitesten Sinne als Teil der gesellschaftlichen Linken verstehen, ein bemerkenswert äußerliches Verhältnis zu gesellschaftlicher Arbeit und zur Arbeiterbewegung zu haben. In einigen Fällen gelten die Interessen der Arbeiterklasse heute in der gesellschaftlichen Linken als Interessen einer Gruppe unter anderen und die Gewerkschaften als eine soziale Bewegung unter anderen, die man berücksichtigen muss. Das Kapitalverhältnis wird nicht als spezifische Form eines Klassenverhältnisses begriffen; an die Stelle der materialistischen Geschichtsauffassung und der Klassentheorie als Ausbeutungstheorie tritt eine Vorstellung von »Klassismus« als einer bloßen Diskriminierungsform unter anderen (siehe dazu auch den Text von Fisahn/Wahl in diesem Band). Verkannt wird dabei, dass es keinen Kapitalismus ohne Klassen gibt, dass Klassenverhältnisse, Geschlechterverhältnisse und andere Herrschaftsverhältnisse im Kapitalis-

mus hierarchisch angeordnet sind und dass die Dynamik des Kapitalverhältnisses maßgeblich für den Rang und Einfluss der anderen Herrschaftsverhältnisse ist. Der Klassenreduktionismus in bestimmten Spielarten des traditionellen Marxismus wurde zwar zu Recht kritisiert, doch wurde teilweise das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, indem die Klassentheorie ganz fallen gelassen wurde.

Will man die soziale Lage der Arbeiterklasse heute ermitteln, müssen die – nicht zuletzt im Zuge der Globalisierung – völlig veränderten Verhältnisse in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion gesehen werden. Forderungen nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung oder nach der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens reagierten natürlich auf die durch fortschreitende Automatisierung und Produktionsverlagerungen wachsende Massenarbeitslosigkeit und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Aber diese Diskussionen blieben weitgehend abgekoppelt von der betrieblichen Erfahrungswelt der Lohnabhängigen, die sich der verschärften Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt sehen und auf eine Kette von Niederlagen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in den letzten Jahrzehnten zurückblicken.

Der Bezug zur Arbeiterbewegung muss allerdings in Rechnung stellen, dass die Gewerkschaften in ihrer Mehrheit bis heute keine offensive Antwort auf die veränderten Produktionsbedingungen gefunden, sondern vor allem mit »*concession bargaining*« reagiert haben: Um Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung zu erreichen, wurden zahlreiche Zugeständnisse bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen gemacht. Gleichzeitig wurden die Flächentarifverträge vonseiten der Unternehmen ausgehöhlt. Die vielfältigen Spaltungen zwischen Kern- und Randbelegschaften haben sich durch Outsourcing, die vertikale Desintegration von Unternehmen, die Auslagerung und Abwertung von Dienstleistungen und die Ausdehnung der verschiedenen Formen prekärer Beschäftigung vertieft.

5.3 Neue Klassenpolitik

Es bedurfte – absurd genug – erst des Aufstiegs der AfD in Deutschland, um die Linke auf das Problem ihres gebrochenen Verhältnisses zu Arbeiterinnen und Arbeitern zu stoßen. Es ist auch kein Zufall, dass Didier Eribons Buch »Rückkehr nach Reims«, in dem es um dieses Verhältnis geht, 2016, d.h. sieben Jahre nach dem Erscheinen der französischen Originalausgabe in Deutschland publiziert wurde. Dass ausgerechnet Menschen, die sich selbst bei Nachwahlbefragungen als Arbeiter oder Arbeitslose identifizieren, in den letzten Jahren überproportional zur AfD neigen, zeigt auch ein Scheitern der gesellschaftlichen Linken an.

Die theoretischen Defizite der Linken werden in der Diskussion über die neue Klassenpolitik deutlich. So werden sehr unterschiedliche Klassenbegriffe verwendet und Begriffe wie *Klasse*, *Schicht* und *Milieu* werden munter durcheinandergeworfen bzw. teilweise synonym verwendet. Dagegen kann eine Untersuchung der sozialen Situation und der unterschiedlichen Gruppen der lohnabhängig Beschäftigten Anhaltspunkte liefern, wo und wie die gesellschaftliche Linke den Bezug zur Arbeiterklasse wiederherstellen kann. Das gelingt allerdings sicher nicht durch die bloße Beschwörung alter Begrifflichkeiten, die dem Selbstbild der Angesprochenen nicht unbedingt entsprechen. Erforderlich ist vielmehr die Organisation gemeinsamer Interessen, die schon bei sozial homogenen Gruppen nicht automatisch entstehen und erst recht nicht bei einer ausdifferenzierten Lage der abhängig Beschäftigten.

Oben wurde schon angedeutet, dass auch von »Menschheitsproblemen« wie der ökologischen Krise nicht alle Menschen in der gleichen Weise betroffen sind. Grob vereinfacht lässt sich sagen, dass das Klimachaos die Menschen in der kapitalistischen Peripherie härter und früher trifft als in den kapitalistischen Zentren, und dass es die beherrschten Klassen härter und früher trifft als die herrschenden Klassen. Aber es geht nicht nur darum, die Opfer der herrschenden Politik konkreter und differenzierter zu benennen, es geht auch darum, *wer* Interesse hat, *was* und *wie* zu verändern. Relevante Teile der Lohnabhängigen in Deutschland haben z.B. aus finanziellen Gründen kein Auto, oder unternehmen aus finanziellen Gründen keine Flugreisen, während sie gleichzeitig aufgrund schlechter Wohnlagen besonders unter Luftverschmutzung, Lärmbelastung, unter mangelnden Naherholungsgebieten, unter unzulänglichen und teuren öffentlichen Verkehrsmitteln leiden.

Dabei muss man davon ausgehen, dass wir es mit einer Vielfalt von Widersprüchen zu tun haben, die sich nicht aufeinander reduzieren lassen, auch wenn sie alle mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammenhängen. Dies ist auch für die Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation bzw. für emanzipatorische Politik generell relevant. Klimaforschung und die Klimabewegung verweisen z.B. auf den hohen Zeitdruck, die globale Erwärmung noch bei 1,5°C oder 2°C zu stoppen – in der Regel ist damit eine Frist von wenigen Jahren gemeint. Doch viele Millionen Menschen in der kapitalistischen Peripherie wissen nicht einmal, was sie heute essen sollen. Und auch in Deutschland gibt es Millionen Menschen, die sich fragen, wie sie mit dem Geld bis zum Monatsende auskommen sollen. Der Zeitdruck und die Gründe für grundlegende Veränderungen stellen sich also für verschiedene Subjekte sehr unterschiedlich dar. Dies muss jede Politik, die auf eine Transformation der gegenwärtigen Verhältnisse zielt, berücksichtigen.

Auch das Verhältnis der Subjekte zur etablierten Politik – einschließlich der Politik von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Attac – ist sehr unterschiedlich. Eine Analyse der Aktiven von Attac würde z.B. ergeben, dass junge Menschen, Frauen, Arbeiter und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft stark unterrepräsentiert sind. So könnte man die Organisationen der Linken oder des progressiven Lagers der Zivilgesellschaft der Reihe nach durchgehen und würde sicherlich fast überall auf ähnliche Konstellationen und Probleme stoßen. Untersucht man den Diskurs und die Praxis dieser Organisationen, so wird man feststellen, dass sie z.B. Arbeiter auch kaum als Subjekte ansprechen – allenfalls beanspruchen sie, Politik *für* diese zu machen.

Etwas vereinfacht und polemisch zugespitzt könnte man vielleicht sagen, dass die Politik großer Teile der Linken in Deutschland vor allem eine Politik eines »(neuen) Kleinbürgertums« (Nicos Poulantzas) ist. Das gilt nicht nur für ihre Träger und deren Habitus, sondern auch für ihre Ausrichtung: Sie orientiert sich nicht an der Selbsttätigkeit des Proletariats, sondern am Staat, der es richten soll; sie redet mehr von Umverteilung der Einkommen als von der Aneignung der Produktionsmittel durch die Lohnabhängigen; sie spricht nicht die Sprache der »einfachen Leute«; sie ist dort nicht präsent, wo diese leben; sie verwischt die Unterschiede zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen der Arbeit im privaten Sektor und in den Staatsapparaten usw. Solange das so bleibt, haben die Rechten leichtes Spiel und die Linke wird die notwendige sozial-ökologische Transformation nicht durchsetzen können.

6. Die gesellschaftliche Linke und die Krisen

Die gesellschaftliche Linke – nicht nur in Deutschland – diskutiert all diese Veränderungen. Doch bislang hat sie Probleme, die Situation in ihrer ganzen Tragweite zu verstehen und eine überzeugende Analyse der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen vorzulegen (siehe auch den Beitrag »Die Linke – Subjekt der Transformation?« in diesem Band).

Denn Teil des allgemeinen Krisenzusammenhanges ist, dass auch die Linke in vielen Ländern schon seit geraumer Zeit in der Krise steckt. Noch immer ist sie damit beschäftigt, den Triumph der »neoliberalen Konterrevolution« (Milton Friedman) sowie den Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa zu verdauen und sich in den daraus resultierenden ideologischen Labyrinthen zurechtzufinden. Doch längst steht sie zugleich vor analytischen und strategischen Herausforderungen, auf die sie bisher allen-

falls bruchstückartige Antworten hat. Dass all die anderen Kräfte auch keine Antwort haben, kann dabei kein Trost sein.

6.1 Renaissance der Massen als geschichtsmächtige Kraft

Dabei gibt es einen regelrechten Tsunami an Protestbewegungen, Revolten und Eruptionen des Volkszorns, der seit 2011 in immer neuen Wellen über die Erde rollt – von Algerien, Belarus, Bolivien, Chile, USA über Hongkong, Türkei, Libanon, Iran, Irak, Bulgarien, Myanmar oder bis zu den Frauenstreiks in Spanien, den *Gilets Jaunes* in Frankreich, *Ende Gelände* und *Fridays for Future* in Deutschland und anderen Ländern. Bei aller Heterogenität – und auch nicht immer einer emanzipatorischen Zielrichtung – lässt sich in diesem Tsunami auch eine Renaissance der Massen als geschichtsmächtige Kraft erkennen. Die Plätze und die *Straßen* erleben eine globale Konjunktur – als Kampfplatz von ansonsten häufig vereinzelt Individuen, als Orte, an denen sich die Massen (oder in den Worten von Émile Durkheim: die Gesellschaft) ihrer selbst ansichtig werden. Mit wenigen Ausnahmen spielt die Linke in diesen Bewegungen keine Rolle als orientierende und strukturierende Kraft, wie dies in den meisten Emanzipationsbewegungen des 20. Jahrhunderts der Fall war. Das ist insofern problematisch, als dadurch Vorschläge für emanzipatorische Alternativen selten vorgebracht werden. Die Bewegungen schwanken zwischen der Botschaft, dass die Politiker sie nicht repräsentieren und der pauschalen Aufforderung an die (herrschende) Politik, doch bitte endlich (irgendwie) zu handeln und (irgendwelche) Lösungen zu finden.

Wir sind überzeugt, dass die Globalisierungskritik, wie sie seit den 1990er Jahren entwickelt wurde und vielfach mit den altermondialistischen sozialen Bewegungen verbunden war, vertieft und erweitert werden müsste. Angesichts einer Linken, die nicht nur von ideologischen und politischen Differenzen durchzogen ist, sondern auch in vielfache thematische »*single issues*« und »*special interests*« zerfällt, geht es um den Versuch, das Ganze neu zu denken, die Krisenprozesse in ihrem Gesamtzusammenhang zu erfassen und so zu einer Veränderungsperspektive der Gesamtgesellschaft beizutragen. Es genügt nicht, die Welt verändern zu wollen, man muss sie auch richtig interpretieren.

Das wird nicht im akademischen Elfenbeinturm gelingen, sondern nur in einem kollektiven Prozess, im Austausch zwischen Praxis und Theoriebildung, zwischen den verschiedenen Strömungen der Linken. Wir können kein *Manifest des 21. Jahrhunderts* vorlegen. Wir wissen auch um die Ambivalenz sogenannter *Großer Erzählungen*. Sie können einerseits viele Menschen hinter sich versammeln, wie dies die Vision des Sozialismus im 19.

und 20. Jahrhundert tat, und zur politischen Produktivkraft werden. Aber sie können auch die Neugierde und Lernfähigkeit begrenzen. Gegenwärtig geht es vor allem darum, die begriffliche Arbeit und den intellektuellen Suchprozess als Aufgabe zu begreifen, der zielgerichtet organisiert werden muss. Dafür müssen Räume, Plattformen und andere geeignete Instrumente geschaffen und Ressourcen bereitgestellt werden. Das meint nicht nur Geld, sondern auch Zeit, Motivation und Sachkompetenz.

Selbstverständlich ist diese intellektuelle Arbeit kein Selbstzweck, sondern zielt auf praktische Eingriffe. Um dabei nicht in die sterile Diskussion von *Reform und Revolution* zurück zu verfallen scheint uns das Konzept *transformativer Eingriffe* vielversprechend zu sein.

6.2 Transformative Eingriffe

Transformativ sind Reformprojekte, die in der Lage sind, eine politische Dynamik zu entfalten, die über den Rahmen des Kapitalismus hinaustreibt. Transformative Eingriffe haben Demonstrationseffekte, die die Wirkungsweise von Marktgesetzen einschränkt und stattdessen gesamtgesellschaftliche Interessen handlungsleitend werden lassen. Transformativ heißt, Pfadabhängigkeiten aufzubrechen und Pfadverschiebungen zu ermöglichen, ohne dass gleich die ganz große Umwälzung damit verbunden sein müsste. Hier exemplarisch einige Ideen in dieser Richtung, bei denen konkrete Reformprojekte mit der Systemalternative verknüpft werden können:

- den Zusammenhang von Natur und kapitalistischer Produktionsweise immer wieder und systematisch an konkreten Fällen und Projekten offenlegen und erklären, z.B. an den Freihandelsverträgen, wie dem zwischen dem MERCOSUR und der EU, am Beispiel der klimafeindlichen Effekte des Emissionshandels³ oder am Export von deutscher Anlagentechnik zum Bau von Kohlekraftwerken im Globalen Süden;
- Alternativprojekte *in den im Kapitalismus zentralen Bereichen der Eigentums-, Geld- und Arbeitsordnung* entwickeln und in entsprechenden Kampagnen popularisieren. Die Initiativen zur Rekommunalisierung der Wasser- oder Energieversorgung und die Kampagnen zur Enteignung profitorientierter Immobiliengesellschaften, oder die Forderung nach Aufhebung der Patentrechte für die Impfstoffe gegen Corona sind hierfür Beispiele;

³ So sinken z.B. durch den deutschen Kohleausstieg getreu den Marktgesetzen die Preise der Zertifikate im Emissionshandel, weil die Aussteiger sie nicht mehr nachfragen müssen. Die billiger gewordenen Zertifikate, und das sind Verschmutzungsrechte, können dann von anderen Emittenten, z.B. polnischen Kohlekraftwerken, günstig aufgekauft werden.

- das Lenkungspotenzial des Steuersystems in den Dienst der sozial-ökologischen Transformation stellen. Durch Steuergerechtigkeit oder soziale Ausgleichsmaßnahmen können damit zugleich die Verteilungskonflikte, die es unweigerlich geben wird, sozial abgefedert werden.

Transformative Eingriffe sind auch im sozialen Bereich nötig. Dem Kapitalismus ist die soziale Polarisierung, die Spaltung der Gesellschaft in oben und unten, in soziale Klassen immanent, und auch im sozialen Bereich gibt es Kippunkte: etwa wenn sich Ernährungsmangel, gesundheitliche Risiken, Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut oder geringe kulturelle Teilnahme intergenerationell verfestigen.

Schließlich geht auch kein Weg vorbei an einer Debatte über bislang wohlstands- und wachstumsförderliche Industriesektoren, die zu schrumpfen hätten: Neben der Automobil- und Flugzeugindustrie sind dies Teile der Chemie- und Baustoffindustrie, selbst Teile des Maschinenbaus, ganz gewiss die chemiebasierte Landwirtschaft und natürlich die Rüstungsindustrie.

In manchen Bereichen werden vielversprechende Ansätze für transformative Reformen auch schon heute verfolgt. Die Politisierung der Wohnungsfrage in Berlin ist ein Beispiel dafür. Allerdings fehlt es an einer auch von den Trägern solcher Reformprojekte subjektiv erfahrbaren Integration in ein übergreifendes gesellschaftliches Gesamtprojekt und die damit verbundene Zukunftsperspektive. An mehreren gesellschaftlichen Bereichen ansetzend und bewusst als Gegenprojekt zum grünen Kapitalismus konzipiert, könnte es eine kumulative Wirkung entfalten. Ein weiterer positiver Effekt dieses Ansatzes wäre, dass er linke Kräfte bündelt, Zersplitterung reduziert und Motivation freisetzt.

Vor allem aber würde die Linke wieder als eigenständige und unverwechselbare Kraft sichtbar. Als Kraft, die in emanzipatorischen Bewegungen präsent ist, ohne einfach mit dem Strom zu schwimmen, sondern ihr Potenzial an kritischer Gesellschaftstheorie und historischer Erfahrung als autonomer Akteur einzubringen versteht. Das Problem ist ja nicht, dass es an Kritik, Protest und dem Wunsch nach Veränderung fehlen würde. Allein in Berlin gab es 2020 nach Angaben der Polizei 5.360 Demonstrationen, also 14,6 täglich im statistischen Durchschnitt (Tagesspiegel, 28.13.2020). Nichts gegen mehr Radwege und schon gar nichts gegen die Energiewende. Aber dafür braucht es die Linke inzwischen nicht mehr. Die Bündelung und Orientierung hingegen auf übergreifende, emanzipatorische Ziele würde die Linke wieder zur unverzichtbaren Kraft machen.

Literatur

- Agnoli, Johannes/Brückner, Peter (1968): Die Transformation der Demokratie. Frankfurt a.M.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a.M.
- Europäische Kommission (2020): Keynote speech by President Von der Leyen at the World Economic Forum vom 22. Januar 2020, Davos.
- IFOP (2019): Enquête internationale sur la »collapsologie«, November 2019, Son-
dage Ifop pour la Fondation Jean-Jaurès.
- Misereor (2021): Schuldenreport 2021. Düsseldorf, S. 8.
- Rancière, Jacques (1995): La Méésentente: Politique et philosophie. Paris.
- Von der Leyen, Ursula (2020): Rede zur Lage der Union am 16.9.2020. ec.europa.
eu/commission/presscorner/detail/ov/SPEECH_20_1655 (27.4.2021).
- WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transforma-
tion. Berlin, S. 8.

Autorinnen und Autoren

Alex Demirović, Apl. Prof., Dr., Sozialwissenschaftler, Redaktionsmitglied der Zeitschrift LuXemburg, Mitglied im Beirat des BdWi und im Wissenschaftlichen Beirat von Attac, Gastwissenschaftler am Center for Humanities and Social Change der Humboldt Universität zu Berlin, Senior Fellow des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ulrich Duchrow, Dr., apl. Professor i.R. für systematische Theologie an der Universität Heidelberg, Mitbegründer und Ehrenvorsitzender des ökumenischen Basisnetzwerks Kairos Europa, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.

Andreas Fisahn, Dr., Professor am Lehrstuhl für öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht und Rechtstheorie an der Universität Bielefeld, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Stefanie Hürtgen, Dr., Ass.-Prof. an der Universität Salzburg, Fachbereich Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Mattersburger Kreises für Entwicklungspolitik.

Birgit Mahnkopf, Dr., Professorin i.R. für Europäische Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Carolin Mauritz, Projektmitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (ISR) der Frankfurt University of Applied Sciences, koordinierte von 2019 bis 2021 den Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Fritz Reheis, Dr., Professor i.R. an der Universität Bamberg im Bereich Didaktik der politischen Bildung und der Allgemeinen Pädagogik, Mitglied im »Arbeitskreis politische Ökonomie«, in der »Deutschen Gesellschaft für Soziologie«, im »Verein zur Verzögerung der Zeit«, im erweiterten Vorstand der »Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik«, der Evangelischen Akademie Tutzing und im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Thomas Sablowski, Dr., Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mit-

glied der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, des Beirats der Zeitschrift PROKLA und des BdWi sowie des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, Fellow des Berliner Instituts für kritische Theorie.

Peter Wahl, Sozialwissenschaftler, Mitbegründer und langjähriges Vorstandsmitglied der Nichtregierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED), Mitbegründer von Attac Deutschland und von 2001 bis 2007 Mitglied des Koordinierungskreises von Attac, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.

Christa Wichterich, Dr., Soziologin, Hochschullehrerin zu Gender Politik, Publizistin, scholar activist, Mitglied in den Wissenschaftlichen Beiräten von Attac und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.